Schweizerische Volkspartei (SVP)

Jahresbericht

2017

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

I. Erfolgsbilanz 4

1. Das Jahr 2017 im Rückblick 4

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion 41

4. Vernehmlassungsantworten der SVP 41

5. Positionspapiere der SVP 45

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen 45

7. Internet 46

II. PARTEIORGANE 47

1. Delegiertenversammlungen 47

2. Parteivorstand 48

3. Parteileitung 52

4. Parteileitungsausschuss 53

5. Generalsekretariat 53

6. Fraktion der Bundesversammlung 54

III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2016 57

IV. Die SVP in den Kantonsparlamenten 59

V. Die SVP-Kantonalsektionen Online 60

Vorwort

Das vergangene Jahr stand einmal mehr im Zeichen des politischen Kampfes für unsere direkte Demokratie; für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz. Bereits an der ersten Delegiertenversammlung des Jahres im Januar wurde die Parteileitung beauftragt, bis im Sommer Varianten für eine Volksinitiative zur Beseitigung der Personenfreizügigkeit zu erarbeiten. Im Laufe des Jahres zeigte sich dabei auch immer deutlicher, was die konkreten Konsequenzen der dem Volkswillen und der Verfassung widersprechenden Umsetzung unserer Masseneinwanderungsinitiative sind: mehr Bürokratie für kleine und mittlere Unternehmen und trotzdem keinerlei Auswirkungen auf die Zuwanderung. Damit ist es Zeit, dass das Volk endlich entscheiden kann, ob es weiterhin den Bürgern aller Staaten der EU einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung in die Schweiz geben will, oder die Zuwanderung wieder eigenständig nach unseren Bedürfnissen steuern will. So, wie dass auch alle anderen Nationen ausserhalb der EU selbstverständlich handhaben. Dank dem Referendum der SVP konnten unsere Stimmbürger im Mai dann über das Energiegesetz befinden. Auch wenn wir an der Urne verloren haben, so ist es uns doch gelungen, eine dringend notwendige Diskussion anzustossen und auf die Gefährdung unseres Wohlstandes und unserer Energieversorgung durch solche Utopien hinzuweisen. Bereits im Juni befassten sich die Delegierten wiederum mit der geplanten Volksinitiative zur Personenfreizügigkeit und beauftragten den Parteivorstand, den Text auszuformulieren und dann gemeinsam mit der AUNS die Initiative zu lancieren. Die ist mittlerweile auch geschehen. Nach einem engagierten Abstimmungskampf lehnte das Volk im September die unbezahlbare Altersreform 2020 glücklicherweise ab und erteilte auch uns damit den Auftrag, über eine bessere Vorlage die Altersvorsorge auf lange Sicht zu sichern. Im Oktober widmeten sich unsere Gremien und Delegierten dem radikalen Islam und verabschiedeten einen wichtigen Forderungskatalog dazu. Für die SVP ist klar, dass unsere Rechtsordnung durchzusetzen ist und eine öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islams nicht in Frage kommt. Durch das ganze Jahr hindurch hat uns auch der Wille einer Mehrheit des Bundesrates zum Abschluss eines Rahmenabkommens mit der EU beschäftigt. Hier gilt es auch dieses Jahr wieder, entschlossen Widerstand zu leisten. Niemals können wir als freie Nation automatisch das Recht eines undemokratischen Gebildes wie der EU übernehmen. Es wäre das Ende unserer direkten Demokratie und damit auch eine Gefährdung der wichtigsten Säule unserer Freiheit und unseres Wohlstandes. In diesem Sinne wünsche ich allen Mitgliedern der SVP auch für das neue Jahr viel Kraft und Ausdauer in ihrem Einsatz für unsere schöne, freie Schweiz!

Gabriel Lüchinger
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2017 im Rückblick

JANUAR

8. und 9. Januar: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Kadertagung in Horn (TG)

Am ersten Wochenende im Januar fand wiederum die traditionelle Kadertagung der SVP in Bad Horn am Bodensee statt. Dieses Jahr zu den Themen Islam, Migration und den entsprechenden Auswirkungen auf unser Land. Neben interessanten Referaten hatten die Teilnehmer auch Gelegenheit, mit unseren beiden Bundesräten zu diskutieren. Nach einer Standortbestimmung durch den Strategiechef, fasste der Parteipräsident zusammen und erteilte die Aufträge für unseren politischen Kampf im neuen Jahr.

Unsere beiden Bundesräte Ueli Maurer (links) und Guy Parmelin (rechts) stellen sich den Fragen des Generalsekretärs und der Teilnehmer.

Der bekannte Kriegsreporter Kurt Pelda zeigte in einem eindrücklichen Referat auf, wie unberechenbar die Lage rund um den Konflikt in Syrien auch weiterhin ist. Die Intervention des Irans, wie auch die zunehmende Instabilität in der Türkei bergen das Risiko für wieder zunehmende Migration nach Europa.

Radikale Islamisten in Schweizer Moscheen
In seinem zweiten Referat wies Pelda anhand von konkreten Beispielen auf die bereits heute in einigen Moscheen in unserem Land aktiven radikalen Islamisten hin. Dabei finanzieren sich viele dieser Extremisten ihren Lebensunterhalt über unsere Sozialwerke. Zu Recht bemängelte der Referent auch das zögerliche Vorgehen und die ungenügende Koordination unserer Behörden und forderte unter anderem ein Verbot der Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland.

Delegiertenversammlung vom 14. Januar 2017 in Le Châble (VS)
„2017: Schlüsseljahr für die Unabhängigkeit der Schweiz"
Die Delegierten fassen deutlich mit 228 zu 1 Stimme die NEIN-Parole zur erleichterten Einbürgerung der 3. Ausländergeneration, die am 12. Februar 2017 zur Abstimmung kommt. Die JA-Parole zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) wurde bereits am Vortag vom Parteivorstand gefasst. Im Februar wird auch über die Unternehmenssteuerreform III abgestimmt. Die Delegierten haben die Ja-Parole bereits an der letzten Delegiertenversammlung am 29. Oktober 2016 in Balsthal (SO) beschlossen.

Delegierte an der Delegiertenversammlung vom 14. Januar in Le Châble (VS).

Die Delegierten der SVP Schweiz sagen auch deutlich mit 248 zu 5 Stimmen Nein zu einem Scheinreferendum gegen die Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, da mit einem solchen die masslose Zuwanderung nicht gestoppt wird.

Des Weiteren wird der Parteileitungsausschuss von den Delegierten einstimmig beauftragt, bis zur Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2017 Lösungsvarianten vorzulegen, wie die masslose Zuwanderung gestoppt werden kann. Das falsche Prinzip der heute geltenden Personenfreizügigkeit ist zu beseitigen, die Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden. Ob dafür eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens genügt, oder ob es weitere Massnahmen braucht, soll geprüft werden.

Keine weitere Masseneinbürgerung
Medienkonferenz vom 18. Januar 2017
Mit rund 25% hat die Schweiz einen der weltweit höchsten Ausländeranteile – bei einer gleichzeitig rekordhohen Einbürgerungsrate pro Kopf. Im Jahr 2015 hatten 2'514'000 Personen bzw. 36% der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren einen Migrationshintergrund. Die Folgen der Massenzuwanderung und einer laschen Einbürgerungspraxis sind klar erkennbar. Wir haben in den letzten 15 Jahren mit einer Masseneinbürgerung noch nie dagewesenen Ausmasses zu kämpfen. Seit 2001 wurden im Durchschnitt jährlich 40'000 Personen eingebürgert. In den vorangehenden 15 Jahren, von 1985 bis ins Jahr 2000, waren es im Schnitt 14'000 pro Jahr. Im Jahr

2015 wurden sogar 42’699 Personen in der Schweiz eingebürgert. Nur 40% der Eingebürgerten kamen aus EU-Ländern.

Schon heute können sich junge Ausländerinnen und Ausländer problemlos einbürgern lassen, wenn sie die Auflagen erfüllen und integriert sind. Es gibt also keinen Grund, die Einbürgerungspraxis ein weiteres Mal aufzuweichen. Vielmehr gilt es in Zeiten von wachsenden Integrationsproblemen, gerade bei Ausländern der zweiten und dritten Generation, noch genauer hinzuschauen und kritisch zu überprüfen.

Die SVP sagt klar NEIN zur erleichterten Einbürgerung, weil

- eine nochmalige Beschleunigung angesichts von bereits 40’000 Einbürgerungen jährlich für unser Land und seine Gesellschaft nicht zu verkraften ist;
- im Zentrum eines Einbürgerungsentscheides immer die tatsächliche Integration inklusive Anerkennung unserer Rechtsnormen stehen muss;
- die erfolgte Integration nur von den Gemeinden vor Ort auch in persönlichen Gesprächen und nicht nur anhand von Akten durch Bundesbeamte festgestellt werden kann;
- der ordentliche Weg zur Einbürgerung bei weitem ausreicht und weitere Erleichterungen unnötig und kontraproduktiv sind;
- mehr Kontrollen, statt Erleichterungen das Gebot der Stunde sind.

Ablehnung KELS: Das Referendum gegen das Energiegesetz zeigt Wirkung
Medienmitteilung vom 31. Januar 2017
Das Klima- und Energielenkungssystem (KELS) will anstelle der heutigen Abgaben im Energiebereich eine Lenkungsabgabe auf alle Energieträger in der Verfassung installieren. Höhere Benzinpreise (+26 Rp./Liter Benzin), höhere Strompreise (+3 Rp./kWh) sowie eine praktische Verdoppelung des Heizölpreises (+67 Rp./Liter) und damit massive Verteuerungen in allen Lebensbereichen wären die Folge davon. Mit dem Nichteintreten und damit der Ablehnung der KELS durch die Kommission wurde diesem Abgabenwahn in einer ersten Runde die rote Karte gezeigt.

Mit der Ablehnung der KELS durch die Kommission ist das Finanzierungsinstrument der Energiestrategie nicht mehr gesichert. Die Kosten dieser Mammutreform im Umfang von über 200 Milliarden Franken jedoch bleiben. Insofern ist dies nur ein erster Schritt. In einem zweiten Schritt gilt es nun am 21. Mai das Energiegesetz abzulehnen, ansonsten die Kosten über andere Quellen wie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Bundessteuer oder andere Abgaben finanziert werden müssen.

FEBRUAR

Ein schwarzer Tag für die direkte Demokratie
Medienmitteilung vom 9. Februar 2017

Vor genau drei Jahren haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative der SVP angenommen. Damit haben Sie Bundesrat und Parlament einen klaren Auftrag erteilt: die Zuwanderung in unser Land durch Höchstzahlen und Kontingente wieder eigenständig zu steuern. Weiter wurde beschlossen, dass völkerrechtliche Verträge, welche diesem Prinzip widersprechen, innerhalb von drei Jahren neu zu verhandeln und anzupassen seien und der Bundesrat im Falle einer Nichtumsetzung diesen Volksentscheid per 9. Februar 2017 über den Verordnungsweg auszuführen habe.

Die SVP stellt fest: die Mehrheit von Bundesrat und Parlament ignorieren diesen Volksentscheid und stellen damit das Fundament unserer direkt-demokratischen politischen Ordnung in Frage. Der Bundesrat hätte die klare Pflicht gehabt, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU neu zu verhandeln, sowie allenfalls mit dem heutigen Tag zu kündigen. Zudem wäre er verpflichtet, ab morgen per Verordnung die Zuwanderung in unser Land wie früher wieder mit Kontingenten zu steuern. Stattdessen hat er zusammen mit einer Parlamentsmehrheit ein Alibi-Gesetz erlassen und versucht nun über seine Gegenvorschläge zur RASA-Initiative dieses verfassungswidrige Gesetz zu Verfassungsrecht zu machen. Damit ist die Ausgangslage klar: eine abgehobene Elite aus der Mehrheit des Bundesrates und des Parlamentes, flankiert durch gewisse Richter und hohe Beamte, versucht mit aller Macht zu verhindern, dass das Schweizer Volk die Zuwanderung wieder selber steuern kann. Dies ist ein frontaler Angriff auf die direkte Demokratie und die Freiheit unseres Landes mit dem Ziel, dieses soweit wie möglich in die strudelnde EU zu integrieren. Wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, werden die nächsten Jahre damit zu Schicksalsjahren im Kampf um die Selbstbestimmung unserer Schweiz als freier Nation. Die SVP nimmt diesen Kampf mit grosser Entschiedenheit auf und wird diesen Sommer aufzeigen, wie das Prinzip der Personenfreizügigkeit ein für alle Mal abgeschafft und damit unsere Zukunft in Wohlstand, Freiheit und Selbstbestimmung gesichert werden kann. Es ist nicht das erste Mal in unserer Geschichte, dass am Ende das Schweizer Volk gegen eine freiheitsmüde Mehrheit im eigenen Parlament und vor allem Bundesrat zum Rechten schauen muss.

Eidgenössische Abstimmung vom 12. Februar

Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

Die SVP nimmt das JA zur erleichterten Einbürgerung zur Kenntnis. Die Schweizerinnen und Schweizer haben den Versprechungen Glauben geschenkt, wonach die sog. dritte Generation immer gut integriert ist und es keine Kontrollen mehr auf Gemeindeebene braucht. Die SVP hat auch weiterhin grosse Zweifel, wurde doch die Mehrheit der jüngsten Terrorattacken in Europa gerade durch muslimische Einwanderer der zweiten und dritten Generation begangen. Die SVP erwartet nun von den Behörden aller Ebenen, dass sie bei der Umsetzung der Totalrevision des Einbürgerungsgesetzes, welches ab dem 1.1.2018 in Kraft tritt, grösste Sorgfalt bei der Kontrolle und Durchsetzung der Anforderungen in Bezug auf Integration walten lassen. Zudem verlangt Nationalrat Andreas Glarner als Verantwortlicher Asyl- und Ausländerpolitik, dass Personen, die sich künftig einbürgern lassen wollen, den Pass ihres Herkunftslandes aufzugeben haben. Ein entsprechender Vorstoss wird er der Fraktion in der Frühjahrssession vorlegen.

Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und Gesellschaft. Mit dem NAF verfügt nun auch die Strasse über einen unbefristeten Fonds zur Finanzierung, über den die Schiene bereits verfügt. Das JA zum NAF ist entsprechend auch ein JA zur Strasse, ein JA zum Wohlstand für alle Regionen. Die lang erkämpfte Umsetzung des Netzbeschlusses, d.h. die Aufnahme von rund 400 km Kantonsstrassen in das Nationalstrassennetz, ist damit sofort umzusetzen. Der Ausbau der Nationalstrassen soll dort erfolgen, wo die Verkehrsprobleme und Staustunden am grössten sind. Von der Beseitigung dieser Engpässe profitieren alle, es werden so weniger Zeit und Ressourcen verschwendet.

Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)

Die SVP nimmt die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform zur Kenntnis. Die Unternehmenssteuerreform wurde auf Druck der OECD und der EU im Parlament erarbeitet. Diese hatten zuvor angekündigt, die bevorzugte Besteuerung der sogenannten "Statusgesellschaften" in den Schweizer Kantonen nicht mehr zu akzeptieren. Der Bundesrat hat den Volksentscheid gegenüber diesen ausländischen Organisationen nun auch so zu vertreten. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist nicht bereit, diesem Druck aus dem Ausland nachzugeben und die der Schweiz gesetzte Frist kann nicht eingehalten werden. Mit dem NEIN zur Unternehmenssteuerreform drohen Wegzüge bzw. Desinvestitionsentscheide gewisser Unternehmen. Es dürfen aber auf keinen Fall die damit verbundenen Steuerausfälle durch Steuererhöhungen für

Private und / oder Unternehmen gedeckt werden. Deshalb verlangt die SVP vom Bundesrat, dass dieser unverzüglich ein entsprechendes Massnahmenpaket zur Minderung des Ausgabenwachstums auf Bundesebene vorbereitet.

Erfolgreicher SVP-Jasscup vom 18. Februar 2017 in Weinfelden (TG)

Nationalrat Luzi Stamm (ZH) und Parteipräsident Albert Rösti (BE) in einer Diskussion während des jassens. Na wenn das mal gut geht!

Die SVP Schweiz führt erneut ihren traditionellen, nationalen Jasscup durch, der sich schweizweit grosser Beliebtheit erfreut. Auch dieses Mal sind wieder über 300 Jasserinnen und Jasser dem Ruf gefolgt und spielten um den traditionellen Wanderpokal.

Rettung der AHV für alle Generationen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Februar 2017
An der Fraktionssitzung der SVP steht das weitere Vorgehen zur Rettung der AHV wie auch die Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren zur Diskussion. Zudem beschliesst die Fraktion, nicht auf das Klima- und Energielenkungssystem einzutreten. Auch ohne KELS führt das Energiegesetz allerdings zu einer massiven Verteuerung der Energiekosten für den Mittelstand und die KMU in unserem Lande.

Die Einreichung von mehreren Fraktionsvorstössen wird beschlossen. So will die SVP wissen, wie lange der Bundesrat die direkte Einflussnahme der EU auf unseren Gesetzgebungsprozess noch tolerieren will. Die SVP fordert den Bundesrat dabei nachdrücklich auf, sich dem Druck der EU endlich entgegenzustellen und aus einer Position der Stärke zu verhandeln. Weiter fordert die Fraktion die Eröffnung einer Botschaft in Eritrea, um damit einerseits die Situation vor Ort beurteilen zu können, diplomatische Beziehungen zu eröffnen und auf dieser Basis die zwingend notwendige Rückführung der zahlreichen Wirtschaftsflüchtlinge aus der Fürsorge in der Schweiz zurück in ihre Heimat vorbereiten zu können. Gleichzeitig verlangt die SVP Auskunft von Bundesrätin Sommaruga zu den viel zu tiefen Rückführungsquoten von abgewiesenen Asylbewerbern.

In Bezug auf die Altersvorsorge 2020 ist die SVP zufrieden mit dem heutigen

Zwischenresultat aus dem Nationalrat. Sie wird auch weiterhin an ihrer bisherigen Linie festhalten und ausgabenseitig eine Sanierung der Altersvorsorge anstreben, welche zur längerfristigen Sicherung der Renten beiträgt. Die SVP setzt sich für eine Reform ein, welche die Kompensation innerhalb der Säulen erreicht, keine unbezahlbaren Rentenerhöhungen beinhaltet und die Mehrwertsteuer nicht unnötig und auf Vorrat erhöht. Im Vordergrund steht stets der Erhalt der AHV auch für zukünftige Generationen.

Diskutiert wurde auch die Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren („Billag-Initiative"). Auch weiterhin hält sich die SVP offen, diese Initiative zu unterstützen, fordert eine Halbierung der Billag-Gebühren und wird vorerst einen Gegenvorschlag zur Initiative abzuwarten. Sie wird daneben selbstverständlich auch weiterhin ein Verbot von Online-Werbung für die SRG unterstützen.

Den Bundesbeschluss zur Verlängerung der Schweizer Beteiligung der Nato-Truppe im Kosovo – der Swisscoy – weist die SVP-Fraktion an den Bundesrat zurück. Nach bald 20 Jahren Präsenz der Schweizer Armee in Kosovo ist es Zeit, diese Mission endlich zu beenden. Die SVP fordert ein verbindliches Rückzugsdatum des Kontingentes per Ende 2020 und eine Neubeurteilung von Aufwand und Ertrag dieser zweifelhaften Auslandseinsätze.

MÄRZ

Frühlingsession 2017 (27. Februar - 17. März)

In der Frühlingssession werden 19 Vorlagen vom Parlament abgeschlossen. Angenommen im Sinne der SVP wurden dabei u.a. das Stabilisierungsprogramm, eine Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes, womit Familien, welche ihre schwerkranken Kinder zu Hause pflegen mehr Geld bekommen, eine Modernisierung des Handelsregisters sowie die Revision des Finanzkontrollgesetzes. Ebenfalls angenommen aber gegen den Willen der SVP wurden u.a. die Reform der Altersvorsorge, Änderungen beim Gesetz über die Schwarzarbeit, eine befristete Aufstockung der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht, wie auch die Schaffung einer Berufungskammer am Bundesstrafgericht.

Linksextreme verunmöglichen friedliche Kundgebung für die direkte Demokratie

Medienmitteilung vom 8. März 2017

Die SVP Schweiz nimmt den eigenständigen Entscheid zur Absage des Protestes vom 18. März in Bern gegen die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch die Organisatoren mit Erleichterung zur Kenntnis. Es hat sich abgezeichnet, dass die linke Stadtregierung von Bern nicht in der Lage und willens ist, Recht und Ordnung gegen die linksextreme und gewalttätige Szene im Umfeld der Reitschule durchzusetzen. Es wäre gegenüber den Einwohnern und dem Gewerbe in der Stadt Bern, sowie den eingesetzten Polizisten nicht zu verantworten gewesen, diesen linksextremen Chaoten eine weitere Ausrede für ihre Gewaltexzesse zu ermöglichen. Es zeugt vom Verantwortungsbewusstsein der Organisatoren, vor diesem Hintergrund auf ihr

demokratisches Grundrecht des friedlichen Protestes zu verzichten. Gleichzeitig ist es ein weiteres Armutszeugnis für die linken Politiker in Bern, welche diese linksextreme, gewalttätige Szene seit Jahren nicht nur tolerieren, sondern mittlerweile in deren Geiselhaft geraten sind. Die SVP selber wird sich auch weiterhin mit allen politischen Mitteln dafür einsetzen, dem Volkswillen wieder zum Durchbruch zu verhelfen und damit die Einwanderung in unser Land selber zu kontrollieren.

Automatischer Informationsaustausch mit dem Ausland – SVP verlangt sofortigen Marschhalt
Medienmitteilung vom 12. März 2017
Der Bundesrat will das Netzwerk mit heute 38 Staaten und Territorien, mit denen die Schweiz den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) seit 2017/2018 umsetzt, ab 2018/2019 um weitere 41 Staaten und Territorien erweitern. Hinzu kommen autoritäre Regimes wie China und Russland.

Die SVP lehnt diese unnötige, voreilige und unverantwortbare Ausdehnung des Datenaustauschs entschieden ab und fordert in ihrer dazu eingereichten Vernehmlassungsantwort einen Marschhalt. Der AIA mit Ländern wie Brasilien, China, Mexiko oder Russland hätte auch klar negative Auswirkungen auf dort ansässige Auslandschweizer. Die SVP verlangt daher vom Bundesrat, zuerst die Auswirkungen der bestehenden AIA-Abkommen eingehend zu prüfen. Einem AIA-Abkommen mit Staaten, welche die verfassungsmässig verlangten Anforderungen an den Datenschutz nicht garantieren können, darf unter keinen Umständen zugestimmt werden.

Die ablehnende Haltung und die grundlegende Kritik am System des automatischen Informationsaustauschs durch die SVP muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Da die Schweiz nun diesen Weg leider trotzdem eingeschlagen hat, müssen zumindest wichtige Grundsätze wie gleich lange Spiesse zwischen den Finanzplätzen, Regularisierungsmöglichkeiten, Datenschutz sowie erkennbare Anstrengungen für einen Marktzugang eingehalten werden.

Hier bestehen für die meisten der betroffenen Länder deutliche Vorbehalte. Bezüglich des Datenschutzes kommt auch der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) zum Schluss, dass das Sicherheitsniveau bei 19 Ländern ungenügend sei. Das hohe Tempo des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) ist für die SVP überraschend, da seitens der OECD kein konkreter Druck – bestenfalls eine «Erwartungshaltung» – besteht, wonach die Schweiz so rasch weitere AIA-Abkommen abschliessen müsste.

Die SVP verlangt daher, das heutige AIA-Netzwerk zuerst einer eingehenden Evaluation (hinsichtlich Vertraulichkeit, Datenschutz und Spezialitätsprinzip) zu unterziehen, bevor es voreilig um weitere Länder, bzw. Territorien erweitert wird. Auch gilt es, das «Level Playing Field» mit den massgebenden Konkurrenzfinanzplätzen sicherzustellen. Solange die Vereinigten Staaten als wichtigster OECD-Mitgliedstaat selber keine AIA-Abkommen unterzeichnet haben, wird die SVP zudem Erweiterungen des Datenaustausches ablehnen.

Sollte der Bundesrat entgegen dieser Forderung nach einem sofortigen Marschhalt und einer Evaluation der bestehenden Abkommen dennoch eine entsprechende Botschaft verabschieden, wird sich die SVP im parlamentarischen Verfahren dafür

einsetzen, dass nur AIA-Abkommen mit demokratischen Staaten oder Territorien abgeschlossen werden, deren rechtsstaatlichen Strukturen weitgehend unserem Niveau entsprechen und welche den verfassungsrechtlichen Mindeststandard an den Datenschutz erfüllen.

Unser Ziel bleibt: die AHV retten
Medienmitteilung vom 16. März
Die Alten und die Jungen verlieren mit der AHV-Reform, die das rotschwarze Machtkartell von SP und CVP heute durchgedrückt hat. Es profitiert ein kleiner Teil, nämlich diejenigen, die demnächst in Rente gehen. Heutige Rentner kriegen nichts, zahlen aber mehr Mehrwertsteuer.

Das Reformziel, die AHV aus ihrer finanziellen Schieflage zu retten, wird damit mehr als nur verfehlt. Mit der AHV-Erhöhung von 70 Franken für künftige Rentner wird nicht nur eine Zweiklassengesellschaft in der AHV geschaffen, sondern auch weit über eine Milliarde Franken pro Jahr mit der Giesskanne an jene verteilt, die es zum grössten Teil gar nicht nötig haben. Die AHV wird damit zu Lasten unserer jungen Generationen an die Wand gefahren. Und das kostet auch noch: Höhere Lohnabzüge und höhere AHV-Beiträge, welche die arbeitende Bevölkerung und die Wirtschaft belasten. Zusätzlich eine Steuererhöhung von über 2 Milliarden Franken Mehrwertsteuer im Jahr für alle. Trotzdem wird die AHV bereits 2035 wieder ein jährliches Defizit von 7 Milliarden Franken aufweisen.

Besonders enttäuschend ist, dass sich die CVP einmal mehr von der Linken instrumentalisieren liess und bei diesem Renten-Betrug Hilfestellung leistete. Dabei hatte sie sich noch vor wenigen Monaten vehement gegen eine pauschale Erhöhung der AHV eingesetzt. Auch das Volk hat noch im September 2016 die AHVplus-Initiative der Linken klar versenkt. Die heute verabschiedete Rentenreform kommt jetzt vor das Volk. Die SVP wird sich dafür einsetzen, dass den Stimmbürgern dabei die Wahrheit gesagt wird, gegen diese Vorlage und damit für die Rettung der AHV antreten.

Delegiertenversammlung vom 25. März 2017 in Appenzell (AI)
„Der Mittelstand muss es bezahlen – deshalb Nein zum Energiegesetz!"
An der Delegiertenversammlung in Appenzell (AI) setzen sich die Delegierten der SVP Schweiz vertieft und kontradiktorisch mit dem Energiegesetz auseinander, über die am 21. Mai abgestimmt wird. Die Delegierten fassen mit 322 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung die Nein-Parole zu dieser teuren und unnötigen Strategie. Die Energiestrategie sieht unter anderem eine Halbierung des Energieverbrauchs bis 2035 vor. Diese mehr als nur ehrgeizige Vorgabe soll erreicht werden mit massiven Abgabenerhöhungen auf Strom, Öl, Benzin und Diesel sowie neuen restriktiven und stark bevormundenden Vorschriften.

Die über 300 Delegierten lauschen gespannt den Ausführungen des Parteipräsidenten Albert Rösti (BE).

APRIL

Unkontrollierte Massenzuwanderung zu Lasten der Lebensqualität geht ungebremst weiter
Medienmitteilung vom 6. April 2017
Das Bundesamt für Statistik publiziert die Bevölkerungsstatistik 2016. Und siehe da: Die Zuwanderung ist auch 2016 gestiegen – sie geht ungebremst weiter, trotz anderslautenden Berichten aus dem Departement Sommaruga. Die Bevölkerung in unserem Land wuchs im vergangenen Jahr total um 90'600 Personen.

Am 26. Januar 2017 schrieb das Staatssekretariat für Migration (SEM) in einer Medienmitteilung wörtlich: *«Die Einwanderung der Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz ist seit drei Jahren rückläufig. Im vergangenen Jahr war der Wanderungssaldo über 15 Prozent tiefer als im Jahr 2015 und betrug 60'262 Personen.»*

Die Fakten sehen ganz anders aus
Das Bundesamt für Statistik (BFS) beziffert den Wanderungssaldo für 2016 heute hingegen auf 81'600 Personen. Die Differenz ist einfach zu erklären: Das BFS zählt richtigerweise auch die Personen aus dem Asylbereich mit, welche über ein Jahr Aufenthalt in der Schweiz hinter sich haben. Das SEM hingegen klammert diese einfach aus der Statistik aus, als ob es keine Ausländer wären. Das zeigt eindrücklich auf, wie das Volk vom Departement Sommaruga für dumm verkauft wird.

Bevölkerungszuwachs ist Migration
Beim Geburtenüberschuss (Differenz zwischen Geburten und Todesfällen) gehen übrigens gerade einmal 2'800 von 21'000 auf das Konto von Schweizerinnen und Schweizern. Verbunden mit dem negativen Wanderungssaldo der Schweizer müssen wir feststellen, dass der Bevölkerungszuwachs von 90'600 Personen im vergangenen Jahr vollumfänglich der Migration zuzuschreiben ist. Die 39'200 zusätzlichen Schweizer sind praktisch allesamt Einbürgerungen.

Die Folgen der Massenzuwanderung erleben wir alle täglich hautnah: Dichtestress, Staus, überfüllte Spitäler und Schulklassen, explodierende Kranken- und Sozialhilfekosten und immer mehr arbeitslose Schweizer über 50 Jahre.

Es ist Zeit, das Märchen der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer solch exorbitanten Zuwanderung bei ständig sinkender Lebensqualität endlich zu entlarven. Diese unkontrollierte und planlose Ausländer- und Asylpolitik schadet der Schweiz. Da die Zuwanderung massgeblich auf dem Weg des «Freien Personenverkehrs» aus der EU erfolgt, muss dieses schädliche Abkommen entweder angepasst oder gekündigt werden. Daran arbeitet die SVP und wird im Sommer ihre Vorschläge präsentieren.

Masseneinwanderung endlich beschränken
Medienmitteilung vom 26. April 2017
Der Entscheid des Bundesrates, auf die Verabschiedung eines Gegenentwurfs zur Rasa-Initiative zu verzichten und diese dem Parlament zur Ablehnung zu empfehlen, entspricht der Forderung der SVP. Eine Annahme der Initiative bedeutet nämlich die Fortsetzung der unbegrenzten Masseneinwanderung. Gleiches wäre bei den vom Bundesrat in Erwägung gezogenen Gegenvorschlägen der Fall gewesen.

Eine Ablehnung der Rasa-Initiative bestätigt hingegen die notwendige Beschränkung der Masseneinwanderung. Da das Parlament mit seinem Nichtumsetzungsgesetz verfassungswidrig das Gegenteil beschlossen hat, fordert die SVP, dass der Auftrag von Volk und Ständen endlich umgesetzt wird. Die Zuwanderung ist eigenständig zu steuern und zu begrenzen. Die Verfassung schreibt zu diesem Zweck klar Höchstzahlen, Kontingente sowie einen wirksamen Inländervorrang vor: ein Konzept, das sich in der Schweiz bereits zwischen 1970 und 2007 bewährt hat. Dieses von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 angenommene Konzept bedeutet die Beendigung der heutigen Personenfreizügigkeit.

Die SVP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung auch auf Gesetzesstufe umgesetzt wird. Die Netto-Zuwanderung der Ausländerinnen und Ausländer beläuft sich seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 – als Folge der Personenfreizügigkeit und der Asylpolitik – auf rund 800’000 Personen, was der Grössenordnung des Kantons Waadt entspricht.

MAI

Sondersession 2016 (2. - 5. Mai)

Der Nationalrat führt eine Sondersession durch, in der er u. a. beschliesst die familienergänzende Kinderbetreuung mit Geld aus der Bundeskasse zu unterstützen. Wie der Ständerat stellt er für die neuen Subventionen während fünf Jahren insgesamt 96,8 Millionen Franken zur Verfügung. Ebenfalls beschliesst er eine Erhöhung der Ausgaben im Bereich des regionalen Personenverkehrs.

Abgelehnt wurde eine Motion aus dem Ständerat, welche verlangte, dass der Bund zehn Jahre lang für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zahlen soll. Heute zahlt der Bund während fünf Jahren für anerkannte Flüchtlinge und während sieben Jahren für vorläufig Aufgenommene. Die vom Ständerat verlangte höhere Kostenbeteiligung des Bundes hätte zu jährlichen Mehrausgaben von 400 bis 500 Millionen Franken geführt.

Abgelehnt wurden hingegen mehrere Vorstösse im Bereich des Asylwesens. So muss der Bundesrat sich nicht für bessere Asylunterkünfte in Italien und die Sistierung der Rückschaffung von Flüchtlingen nach Italien einsetzen, er muss sich nicht bei der EU für die Einführung des Botschaftsasyls stark machen, und schliesslich muss er bei der Aufnahme von Kontingentsflüchtlingen aus Syrien und Irak ebenso wenig vermehrt Christen berücksichtigen.

Ebenfalls abgelehnt wurde eine Erhöhung der Unterschriftenzahl für Volksinitiativen, eine Anpassung im Bereich des Zivilstands, ein Verbot der Züchtigungsstrafe sowie mehrere Vorstösse zur Änderung der Rechtsform internationaler Sportverbände.

Auch abgelehnt wurden bei den Beratungen diverse Vorstösse der SVP so unter anderem die Forderung, die Swisscom zu privatisieren, die Einführung eines Moratoriums für Benzinpreis-Erhöhungen sowie die Analyse der Auswirkungen der geplanten Abschaltung der analogen Telefonanschlüsse auf Ende 2017 auf Lifttelefonie und andere Alarmierungssysteme.

Ebenfalls angenommen wurden eine Motion aus dem Ständerat, welche verlangt, dass bei Rahmen- und Verpflichtungskrediten die Teuerung grundsätzlich nur dann ausgeglichen wird, wenn tatsächlich eine Teuerung anfällt, sowie eine Kommissionsmotion, welche dem Bundesrat verbindlichere Sparvorgaben machen will.

Im Weiteren wurden folgende Vorstösse angenommen: Die Forderung analog zur Ausgabenbremse auch eine Personalbremse beim Bund einzuführen, die Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Mehrwertsteuer auf Radio- und Fernsehempfangsgebühren rückwirkend auf fünf Jahre; die Steigerung der Produktivität von Zoll und Grenzwache, die steuerliche Entlastung von Investitionen in Breitbandnetze in den Rand- und Bergregionen, sowie Vorstösse zur administrativen Entlastung von KMU im Bereich der Revisionsvorschriften wie auch bei der Umsetzung des Bauproduktegesetzes.

Abgelehnt wurden dagegen mehrere SVP-Vorstösse. So die Forderung, dass alle Auslandschweizer bei einer systemrelevanten Schweizer Bank ein Konto eröffnen und zu vernünftigen Bedingungen unterhalten können, die Befreiung sämtlicher Verbrauchssteuern, Abgaben und Gebühren von der Mehrwertsteuer sowie die Senkung des Freibetrags von 300 Franken von der Mehrwertsteuer bei Einkäufen im Ausland. Abgelehnt wurden zudem auch Vorstösse der CVP und BDP zur Schaffung eines Zentrums für Medienkompetenz sowie für ein Impulsprogramm für Tagesschulen.

Der Ständerat hat keine Sondersession durchgeführt.

Volksinitiative zur Beschränkung der freien Zuwanderung (Beschränkungsinitiative)
Medienmitteilung vom 4. Mai 2017
Obwohl sich Volk und Stände am 9. Februar 2014 klar gegen die masslose Einwanderung ausgesprochen haben, weigert sich eine Mehrheit des Parlaments, den Volksentscheid und die Verfassung zu respektieren und umzusetzen. Der Bundesrat heisst diesen Verfassungsbruch gut. Und das Bundesgericht entschied, im Widerspruch zu den bisherigen Grundsätzen, generell das Völkerrecht über die Verfassung zu stellen. All dies geschieht vor dem Hintergrund, dass seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 netto rund 800’000 Personen in die Schweiz eingewandert sind, das heisst etwa die Bevölkerungszahl des Kantons Waadt.

Dieses inakzeptable Vorgehen zwang die SVP Schweiz zu handeln, so dass die Delegiertenversammlung am 14. Januar 2017 dem Parteileitungsausschuss den Auftrag erteilte, ihr bis am 24. Juni Lösungsvarianten vorzulegen, "wie die masslose Zuwanderung gestoppt werden kann. Das falsche Prinzip der heute geltenden Personenfreizügigkeit ist zu beseitigen, die Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden. Ob dafür eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens genügt, oder ob es weitere Massnahmen braucht, ist zu prüfen."

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der SVP und der AUNS erarbeitete deshalb unter dem Vorsitz von alt Nationalrat Caspar Baader Varianten, welche die Marschrichtung für eine Volksinitiative zur Beschränkung der freien Zuwanderung (Beschränkungsinitiative) skizzieren. Diese wurden sowohl vom Vorstand der AUNS, wie auch vom Parteileitungsausschuss der SVP zur Weiterverfolgung genehmigt.

Diese Varianten sind:

Variante 1: Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 121b BV (neu); evtl. nur als Übergangsbestimmung: Art. 197 Ziffer 12 BV (neu)

Das Abkommen über die Freizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie ihren Mitgliedstaaten vom 21. Juni 1999 ist innerhalb von sechs Monaten nach Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände zu kündigen.

Variante 1 konzentriert sich ausschliesslich auf die Aufhebung des

Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU, welches ein zentraler Treiber für die Masseneinwanderung in unser Land ist.

Variante 2: Verbot des schädlichen Prinzips der Personenfreizügigkeit verbunden mit einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 121b BV (neu)

1Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und andere völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.

2Bereits bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu Absatz 1 angepasst oder erweitert werden.

3Personenfreizügigkeit im Sinne von Absatz 1 bedeutet insbesondere die Einräumung eines Rechts für eine unbestimmte Zahl von Personen auf Aufenthalt oder Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Schweiz und auf Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer.

Art. 197 Ziffer 12 BV (neu)

1Das Abkommen über die Freizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie ihren Mitgliedstaaten vom 21. Juni 1999 ist innerhalb von sechs Monaten nach Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände zu kündigen.

Gemäss dieser Variante 2 soll über die Aufhebung des Personenfreizügigkeitsabkommens hinaus, auch das schädliche und weltfremde Prinzip der Personenfreizügigkeit verboten werden. Damit ist sichergestellt, dass Regierung und Parlament nicht auf anderen Wegen wiederum Ausländern das Recht auf eine freie Einwanderung in unser Land gewähren und damit die eigenständige Steuerung über die Zuwanderung aus den Händen geben.

Variante 3: Verbot des schädlichen Prinzips der Personenfreizügigkeit und Vorrang dieser Verfassungsbestimmung

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 121b BV (neu)

1Zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie ihren Mitgliedstaaten darf keine Personenfreizügigkeit bestehen.

2Die Bestimmung von Absatz 1 geht sämtlichen widersprechenden bestehenden und neuen völkerrechtlichen Verträgen und anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen vor.

Variante 3 schreibt vor, dass es zwischen der Schweiz und der EU keine Personenfreizügigkeit mehr geben darf und hält den Vorrang unserer Verfassung gegenüber internationalem Recht und Verträgen fest. Ob dies auf dem Weg einer ausserordentlichen Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens oder auf eine andere Art und Weise geschieht, ist offenzulassen.

Die Mitgliederversammlung der AUNS wird sich am 6. Mai, die Delegiertenversammlung der SVP am 24. Juni mit diesen Vorschlägen befassen und das weitere Vorgehen festlegen. Die gemeinsame Arbeitsgruppe wird in der Folge die Varianten endgültig formulieren, worauf AUNS und SVP eine gemeinsame Volksinitiative lancieren können. Dies dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2017 möglich sein.

Eidgenössische Abstimmung vom 21. Mai 2017

Energiegesetz (EnG)
Die SVP nimmt die Annahme des Energiegesetzes mit Enttäuschung zur Kenntnis. Dank dem Referendum der SVP wurden endlich auch die zu erwartenden schwergewichtigen Nachteile der Energiestrategie offengelegt, wenn auch damit letztendlich der grosse Rückstand auf die jahrelange offizielle Werbung für die gefährliche "Energiewende" nicht wettgemacht werden konnte. Die Befürworter haben nun ihre Versprechen einzulösen und insbesondere die Versorgung mit sicherer, kostengünstiger und genügend Energie zu gewährleisten.
Die Befürworter des Energiegesetzes wurden nicht müde zu betonen, dass das Energiegesetz nicht mehr als 40 Franken pro Familie und Jahr kosten werde. Bundespräsidentin Leuthard versprach, auf Steuererhöhungen auf Benzin bis ins Jahr 2035 zu verzichten. Die technologischen Fortschritte seien so massiv, dass es für die Bürgerinnen und Bürger trotz des Zielwertes einer Senkung des Gesamtenergieverbrauchs um 43% keine Verbote und Bevormundungen geben werde. An diesen Worten und Versprechungen, vor allem in Bezug auf Gebühren und Abgaben, wird die SVP die Befürworter messen.

Dank dem Referendum der SVP wurde im Nationalrat das Klima- und Energielenkungssystem (KELS) abgelehnt. Damit ist klar, dass – wie von allen Seiten versprochen -, das Parlament die Vorlage in der kommenden Session nun definitiv erledigt.

JUNI

Sommersession 2016 (29. Mai – 16. Juni)

Mit den Schlussabstimmungen zu 16 Vorlagen hat das Parlament die Sommersession 2017 abgeschlossen. Angenommen im Sinne der SVP wurden dabei u.a. die Verlängerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie um weitere 10 Jahre, die neue Finanzordnung 2021, welche die Befugnis zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer bis 2035 verlängert, die Teilrevision des Luftfahrtgesetzes zur Verbesserung der Sicherheit, die Verlängerung des Verbots bezüglich genmanipulierter Pflanzen um weitere 4 Jahre wie auch das internationale Übereinkommen betreffend Schwermetalle.

Ebenfalls angenommen aber gegen den Willen der SVP wurden u.a. die Anpassung des Gesetzes zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (Laser, Solarien etc.), zusätzliche Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung, die Revision des Währungshilfegesetzes mit zusätzlichen Bürgschaften für ärmere Länder, der Verpflichtungskredit für den regionalen Personenverkehr für die Jahre 2018-21, wie auch das Klimaübereinkommen von Paris, welches die Schweiz dazu zwingt, ihre CO2-Reduktion bis zum Jahre 2030 zu halbieren. Abgelehnt wurden zudem mehrere Petitionen. Verlängert wurde auch die Frist für die Umsetzung mehrerer Vorlagen.

Bundesausgaben: Volk soll endlich mitentscheiden
Medienmitteilung vom 6. Juni 2017
Mit einer Parlamentarischen Initiative verlangt die SVP-Fraktion bereits zum dritten Mal seit 2003 die Einführung des fakultativen Finanzreferendums auf Bundesstufe. Wo auch immer das Volk in der Schweiz bei umfangreichen finanzpolitischen Vorlagen mitentscheidet, sind die Steuern und Ausgaben tiefer. Der Einfluss der direkten Demokratie auf ausgeglichene Finanzhaushalte hat sich in der Schweiz bewährt.

Dem fakultativen Referendum unterstehen alle Bundesbeschlüsse über Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen, die einen bestimmten Betrag überschreiten und neue einmalige Ausgaben (z.B. Kampfjet-Beschaffung, weitere Ausbauschritte für die Bahn, Milliardenzahlungen an die EU, usw.) oder neue wiederkehrende Ausgaben (z.B. Ausgaben für Entwicklungshilfe, das Asylwesen, usw.) nach sich ziehen.

Zu prüfen ist zudem, wie allenfalls gewisse Voranschlagskredite, Garantien und Bürgschaften (z.B. Hochseeflotte, usw.) ab einem noch zu bestimmenden Betrag ebenfalls dem fakultativen Referendum unterstellt werden können.

Das Finanzreferendum wird damit zwangsläufig auch zu einer dringend notwendigen, grösseren Ausgabendisziplin in Bundesbern führen.

Einheimische Produktion muss erhalten bleiben – Nein zum übereilten, grenzenlosen Agrarfreihandel!
Medienmitteilung vom 9. Juni 2017
Die SVP setzt sich für eine produzierende Schweizer Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden und marktnah produzierten Nahrungsmitteln versorgt und unsere schöne Kulturlandschaft pflegt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Existenzgrundlage unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe verbessert werden. Der

heutige Entscheid des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik steht diesen Zielen diametral entgegen und wird von der SVP vehement bekämpft. Ein weiterer Grenzschutzabbau zulasten der heimischen Landwirtschaft zerstört unsere Familienbetriebe. Die Erfahrungen auf dem Milchmarkt lassen grüssen.

In unserem Land gehen täglich im Durchschnitt drei Bauernbetriebe ein, Tausende von Höfen sind in den letzten Jahren verschwunden. Die verbleibenden haben im Vergleich zu anderen Berufsgruppen unterdurchschnittliche Einkommen. Unsere Bauernfamilien brauchen eine Perspektive, um damit die Produktion und eine minimale Ernährungssicherheit für unsere Bevölkerung garantieren sowie überleben zu können. Deshalb sind in erster Linie die Rahmenbedingungen für die landwirtschaftliche Produktion im Inland zu verbessern. Doch der Bundesrat verkennt offensichtlich nach wie vor den Ernst der Lage und die täglichen Schwierigkeiten, mit denen unsere Landwirtschaftsbetriebe bereits heute zu kämpfen haben. Die SVP wird sich vor diesem Hintergrund entschieden gegen einen sukzessiven Grenzschutzabbau zulasten der Landwirtschaft im Rahmen von Agrarfreihandelsabkommen stellen. Zurzeit gibt es in diesem Bereich schlicht auch keinerlei Handlungsbedarf, international bestehen denn auch beträchtliche Unsicherheiten, wie sich die Situation entwickeln wird. Zudem hat auch das Parlament in der Vergangenheit immer wieder klar Stellung bezogen gegen den schrankenlosen Agrarfreihandel. Die SVP fordert den Bundesrat auf, anstatt von voreiligen und unnötigen Schritten jetzt zuerst einmal eine seriöse Evaluation der Agrarpolitik 17 vorzunehmen und die diesbezügliche, überbordende und kostentreibende Bürokratie abzubauen. Zudem ist auch die anstehende Volksabstimmung über die Initiative zur Ernährungssicherheit abzuwarten.

Bundesrat macht aus Inländervorrang einen Ausländervorrang
Medienmitteilung vom 16. Juni 2017
Das Parlament hat im Dezember 2016 die Verfassung gebrochen und Art. 121a der Bundesverfassung nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Es gibt weder Kontingente, noch Höchstzahlen oder eine eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung – so wie es Volk und Stände mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative klar beschlossen hatten. Bei der Umsetzung geht der Bundesrat jetzt noch einen Schritt weiter. Er macht aus dem «Inländervorrang» praktisch einen «Ausländervorrang».

Der Bundesrat hat nun seine Eckwerte für die Verordnungen zur Umsetzung des Gesetzes zu Art. 121a BV vorgelegt. Diese werden keinerlei Auswirkungen auf die unablässige Massenzuwanderung in unser Land haben. Von der im Dezember beschlossenen Meldepflicht freier Stellen würden heute rund 187’000 Stellenlose in der Schweiz profitieren, darunter sind an sich schon sehr viele Ausländer. Der Bundesrat will zudem auch noch alle arbeitsmarktfähigen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen bei der Arbeitsmarktvermittlung melden lassen. Damit ist dann wohl die Mehrheit der zu vermittelnden Personen ausländischer Herkunft. Das zeigt, wie das Volk von Bundesrats- und Parlamentsmehrheit auch weiterhin an der Nase herumgeführt wird, indem im Endeffekt nun Ausländern Jobs in der Schweiz vermittelt und gleichzeitig für Unternehmen und Kantone enorme bürokratische Belastungen aufgebaut werden. Auch ignoriert der Bundesrat damit weiterhin die Tatsache, dass Art. 121a BV einen permanenten Inländervorrang ohne irgendwelche Schwellenwerte und andere Bedingungen festlegt.

Einmal mehr wird damit mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU ein internationaler Vertrag höher gewichtet als unsere Verfassung, sowie der Wille von Volk und Ständen zur Kontrolle der Zuwanderung. Nicht zuletzt deswegen muss das Prinzip der Personenfreizügigkeit in internationalen Verträgen und damit die Gewährung eines Rechtsanspruchs von Ausländern auf Einwanderung in unser Land nun endlich abgeschafft werden. Die Delegierten der SVP Schweiz werden am 24. Juni das weitere Vorgehen zur Erreichung dieses Zieles festlegen.

Keine weiteren Milliardenzahlungen an die EU ohne Gegenleistung!
Medienmitteilung vom 19. Juni 2017
Zurzeit diskutiert der Bundesrat eine Neuauflage der Milliardenzahlungen der Schweiz an die EU. Offenbar ist eine Mehrheit in unserer Landesregierung bereit, wiederum hunderte von Millionen von Schweizer Steuergeldern ohne klare Gegenleistung seitens Brüssel nach Osteuropa zu schicken. Anstelle von diesem unwürdigen, vorauseilenden Gehorsam fordert die SVP endlich harte Interessenvertretung von unserer Landesregierung.

Letzte Woche ist die zehnjährige Umsetzungsfrist der sogenannten «Kohäsionsmilliarde» an zehn Länder der EU in Mittel- und Osteuropa abgelaufen. Die Schweiz hat im Rahmen dieser Zahlungen an die Europäische Union in den letzten zehn Jahren über eine Milliarde Franken an Steuergeldern ausgegeben. Ein grosser Teil dieser Gelder floss in mehr als nur zweifelhafte Projekte. So wurden zum Beispiel 140’000 Franken für eine Studie ausgegeben, in der die Einführung eines Helikopternotfallservice in Bulgarien geprüft wurde. Oder 180’000 Franken kostete ein Projekt, das zum Ziel hatte, die «Leistungsfähigkeit des bulgarischen Justizsystems im Umgang mit Umweltschutzregulierungen zu vergrössern». Mit 1 Million Franken zu Buche schlug auch eine Untersuchung von bedrohten Tierarten in Ungarn. Oder 4 Millionen Franken wurden für ein Projekt bezahlt, mit dem die Verkehrssicherheit in Polen verbessert werden sollte, sowie 4.8 Millionen Franken, um den Tourismus in den polnischen Karpaten zu fördern.

Die SVP hatte sich 2016 im Parlament als einzige Partei dagegen ausgesprochen, dass man diesen fragwürdig investierten Steuergeldern nun noch einmal weit über eine Milliarde nachwirft und den «Kohäsionsbeitrag» erneuert. Für die Jahre 2017-2020 ist tatsächlich die Zahlung von weiteren 1’040 Millionen Franken vorgesehen. Es liegt nun am Bundesrat, dass er diese Zahlungen mindestens als wichtiges Verhandlungspfand in den Gesprächen mit der EU einsetzt. Nachdem die EU der Schweiz bereits diktiert hatte wie die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen sei – nämlich gar nicht – und die Verhandlungen offenbar in verschiedenen Dossiers über Jahre hinweg blockierte, ist es nun an der Schweiz, eine offensivere Verhandlungsstrategie zu führen. Dazu gehört, dass unsere Steuergelder nicht einfach verschenkt, sondern wenn überhaupt, dann möglichst teuer verkauft werden. Die SVP fordert den Bundesrat daher nachdrücklich auf, dass er ab sofort gegenüber der EU die Interessen der Schweizer Bevölkerung in diesem Sinne auch effektiv vertritt.

Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2017 in Lausen (BL)
„Zuwanderungsregime ist allein Sache der Schweiz“

Die Delegierten an Delegiertenversammlung in Lausen (BL).

Die Delegierten der SVP Schweiz diskutieren in Lausen (BL) die vom Parteivorstand vorgeschlagenen Varianten für eine Volksinitiative, wie die masslose Zuwanderung gestoppt werden kann. Die Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden und das falsche Prinzip der heute geltenden Personenfreizügigkeit mit der EU ist zu beseitigen.

Die Delegierten der SVP Schweiz stimmen den folgenden Anträgen des Parteivorstandes zu:

- Die nachfolgenden zwei Varianten für eine „Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung" (Arbeitstitel) seien für die Weiterarbeit zu genehmigen;

- Die Delegiertenversammlung beauftragt den Parteivorstand die Volksinitiative auszuformulieren, mit der AUNS abzusprechen und bis spätestens Ende Jahr 2017 zu lancieren.

Variante 1: Kündigung
Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten vom 21.06.1999 ist innerhalb von spätestens 12 Monaten nach Annahme dieser Initiative durch Volk und Stände zu kündigen.

Variante 2: Zuwanderungsregelung ist nur Sache der Schweiz
Die Zuwanderungsregelung liegt ausschliesslich in der Kompetenz der Schweiz.
Es dürfen künftig keine internationalen Verträge abgeschlossen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren und bestehende Verträge dürfen nicht im Widerspruch dazu angepasst oder erweitert werden.
Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten vom 21.06.1999 ist – notfalls durch Kündigung – aufzuheben, so dass dieses spätestens 12 Monate nach Annahme der Volksinitiative ausser Kraft ist.

JULI

SVP fordert Halbierung der Billag-Gebühren

Medienmitteilung vom 4. Juli 2017
Die SVP ist vom mutlosen Beschluss der nationalrätlichen Medienkommission enttäuscht. Die Kommission hat entschieden, die No-Billag-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Sämtliche Vorschläge, die Gebührenhöhe zu senken, wurden verworfen: Die Kommission will stur am Status Quo festhalten und keinen Rappen einsparen. Vor diesem Hintergrund hat die SVP einen Gegenentwurf eingereicht, der eine Gebührenhalbierung fordert. So hat das Parlament eine Alternative, welche in der Herbstsession diskutiert werden kann.

Seit Monaten führen National- und Ständerat die „Service public"-Diskussion. Bereits der „Service public"-Bericht des Bundesrates zeigte auf, dass der Grundversorgungsauftrag an die SRG überarbeitet und klarer formuliert werden muss. Die SRG soll sich, so selbst der Bundesrat, klarer von kommerziellen Anbietern unterscheiden und da und dort auch auf Angebote verzichten, welche bereits von Privaten erbracht werden. Die Debatte indessen führte bislang zu keinen Resultaten: Sämtliche Reformvorschläge wurden verworfen – so auch die heute präsentierten Gegenvorschläge zur No-Billag-Initiative.

Die No-Billag-Initiative will die Erhebung von Empfangsgebühren verbieten und fordert einen gänzlich privat organisierten Medienmarkt. Dieser Position steht die Haltung der SRG, des Bundesrates, des Ständerates und der Kommissionsmehrheit gegenüber, welche am Status Quo festhalten und keine Einsparungen bei der SRG vornehmen will. Dass selbst ein Antrag verworfen wurde, welcher die SRG-Mittel auf 1,1 Mia. Franken plafonieren wollte (Einsparungen von 8,5% gegenüber heute), spricht Bände. Was für jedes KMU eine Selbstverständlichkeit ist, soll für die SRG nicht gelten.

Die SVP kämpft für die Interessen der Konsumenten und Gebührenzahler. Es kann nicht angehen, dass in einer Zeit des technologischen Wandels, wo die Medienvielfalt dank dem Internet so gross ist wie nie zuvor, den staatlichen Radio- und Fernsehsendern immer mehr Mittel zugesprochen werden. Die Verwaltung denkt sogar daran, diese Mittel künftig auch für staatliche Internetangebote zu verwenden. Dass dies zu weiteren Marktverzerrungen zu Lasten privater Anbieter führt, ist klar. Die SVP ist enttäuscht, dass sie als einzige bürgerliche Partei eine liberale Medienpolitik vertritt und für eine Senkung der Billag-Gebühren einsteht.

Mit dem Minderheitsantrag auf eine Gebührenhalbierung hat der Nationalrat im Herbst die Chance, einen Kompromiss zwischen Abschaffung der Gebühren und der heutigen Regelung zu finden. Gelingt dies nicht, stellt sich für die SVP ernsthaft die Frage, ob die Unterstützung der No-Billag-Initiative der einzige Weg ist, um für eine liberale, vielfältige Medienlandschaft einzustehen.

Behördenpropaganda schwächt die direkte Demokratie
Pressekonferenz vom 27. Juli 2017

V.l.n.r.: Nationalrat Alfred Heer (ZH), Parteipräsident Albert Rösti (BE), Fraktionspräsident Adrian Amstutz (BE) und Nationalrat Manfred Bühler 8BE) an der Pressekonferenz.

An der Pressekonferenz der SVP Schweiz zeigen Nationalrat Albert Rösti, Nationalrat Adrian Amstutz, Nationalrat Alfred Heer und Nationalrat Manfred Bühler auf, wie die Mehrheit von Bundesrat und Behörden immer eigenmächtiger und arroganter gegenüber der direkten Demokratie, respektive dem Souverän auftreten.

Sie entwickeln eine eigene Agenda, setzen diese gerade auch mit der Hilfe von internationalem Recht durch und schrecken dabei offensichtlich nicht vor unvollständiger Information der Bevölkerung zurück. Diese Entwicklung ist eine Gefahr für unsere direkte Demokratie, wenn der Bürger sich nicht mehr sicher sein kann, ob er von gewählten Behörden und dem Verwaltungsapparat korrekte, ausreichende und ausgewogene Informationen erhält.

In nicht tolerierbarer Weise kam dies gerade bei den bundesrätlichen Präsentationen der Botschaft zur Selbstbestimmungsinitiative und des Berichtes „15 Jahre Personenfreizügigkeit" zum Ausdruck. Die SVP hat an ihrer Pressekonferenz anhand von ausgewählten Beispielen aufgezeigt, was der Bundesrat zu diesen zentralen Themen bewusst verschweigt oder verdreht. Denn in der Realität hat dieser bilaterale Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit unserer Bevölkerung kaum Produktivitäts- noch Wohlstands- und Einkommenswachstum gebracht. Vielmehr haben wir in allen diesen Bereichen stagniert oder verloren. Die Erwerbslosigkeit ist auf einem Rekordhoch. Die Arbeitslosenversicherung und die AHV können kaum über die Zuwanderung saniert werden, sondern sind mittel- und langfristig durch die anhaltende Masseneinwanderung sogar zusätzlich gefährdet. Unser Land wird zum Nachteil unserer einheimischen Bevölkerung praktisch zum Arbeitsmarkt-Überlaufbecken der EU, insbesondere aus dem Osten und Süden. All dies blendet der Bundesrat aus. In dieser Situation die Resultate von 15 Jahren Personenfreizügigkeit so zu beschönigen und die negativen Auswirkungen zu verharmlosen oder gar zu verschweigen, ist äusserst bedenklich und zeigt auf, wie dringend sich das Volk zur Weiterführung des Anspruches aller EU-Bürger auf Einwanderung in die Schweiz über die Personenfreizügigkeit äussern muss. Für die SVP ist zudem klar, dass unser bewährtes Landesrecht dem

internationalen Recht (mit Ausnahme des zwingenden Völkerrechtes) vorgehen muss und die Bundesverfassung wieder oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft werden muss. Das Volk wird sich auch dazu im Rahmen der Selbstbestimmungsinitiative äussern können. Die Art und Weise, wie Bundesratsmehrheit und Verwaltung aber bereits in der Botschaft zu dieser Volksinitiative der SVP einseitig Propaganda betreiben ist inakzeptabel und wird auch im kommenden Abstimmungskampf von uns thematisiert werden.

AUGUST

Keine AIA-Abkommen mit korrupten Staaten
Medienkonferenz vom 10. August 2017
Die SVP fordert anlässlich einer Medienkonferenz in Bern den sofortigen Marschhalt für neue Abkommen betreffend den Automatischen Informationsaustausch (AIA).

V.l.n.r.: Nationalrat Thomas Matter (ZH), Parteipräsident Albert Rösti (BE), Nationalrätin Céline Amaudruz (GE) und Nationalrat Roland Büchel (SG).

AIA-Abkommen mit autoritären, rechtstaatlich bedenklichen oder korrupten Ländern und Territorien hätten für Ausländer, die ihre Vermögen in der Schweiz in Schutz gebracht haben, aber auch für die dort ansässigen Auslandschweizer, gravierende Konsequenzen. Die SVP präsentiert ihre Forderungen im Hinblick auf die Sitzung der Wirtschaftskommission des Nationalrats vom 14./15. August und stellt ihr neues Positionspapier «Für einen wettbewerbsfähigen, innovativen und unabhängigen Finanzplatz Schweiz» vor.

Trotz verfassungsrechtlichen Vorbehalten will das im Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) federführende Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) das AIA-Netzwerk um weitere mindestens 41 Länder und Territorien erweitern. Darunter finden sich nebst Ländern wie Argentinien, Brasilien, Kolumbien oder Mexiko auch die autoritären Regimes China und Russland.

Die SVP fordert im Hinblick auf die Sitzung der WAK-N vom 14./15. August:

- Sofortiger Marschhalt beim Abschluss von AIA-Abkommen, bis geklärt ist, ob diese bei den 38 bisherigen Staaten funktionieren und ob sich die USA als bedeutendster Finanzplatz ebenfalls beteiligen.
- Sollte die SVP im Parlament mit ihrer Forderung nach einem Marschhalt keinen Erfolg haben, wird sie in der Detailberatung beantragen, den AIA mit jenen Ländern nicht zu notifizieren, die im Korruptionsindex (Transparency International Corruption Perceptions Index) weniger als 45 Punkte aufweisen und/oder im Freedom House Demokratieindex die Klassifikation «nicht frei» erhalten. Es sind dies momentan folgende 11 Staaten: Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Kolumbien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika und die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Die SVP hält mit allem Nachdruck fest, dass der Gesamtbundesrat sowie das Parlament bei Übernahme der AIA-Abkommen mit den vorgesehenen 41 Staaten und Territorien die volle Verantwortung übernehmen für allfällige mit dem Datenaustausch zusammenhängende Repressalien wie Enteignung, Erpressung, Entführung oder Tötung von Auslandschweizern. Die SVP wird die diesbezügliche Entwicklung genauestens verfolgen.
- Die SVP wird auch beantragen, keinen AIA mit Neuseeland abzuschliessen, wo Tausende von Schweizern leben, bis ein Abkommen im Sozialbereich zustande gekommen ist.

Finanzplatz Schweiz stärken

Der Schweizer Finanzdienstleistungsplatz erwirtschaftet direkt und indirekt rund 80 Milliarden Franken oder 13 Prozent des Bruttoinlandprodukts des gesamten Landes (2015). Direkt werden vom Finanzsektor rund 255’000 Personen beschäftigt; indirekt generiert die Branche weitere rund 250’000 Arbeitsplätze. Diese 505‘000 Arbeitsplätze entsprechen 10 Prozent der Beschäftigten in der Schweiz. Der gesamte mit Finanzdienstleistungen und -transaktionen verbundene Fiskaleffekt belief sich im Jahr 2015 auf 19,8 Milliarden Franken. Dies entspricht ca. 15 Prozent oder rund einem Siebtel der gesamten Fiskalerträge von Bund, Kantonen und Gemeinden (2015). Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat damit ein vitales Interesse an einem starken Finanzplatz. Die Herausforderungen des Schweizer Finanzplatzes sind vielseitig: Internationale Regulierungsprojekte, der Automatische Informationsaustausch und neue Sorgfaltspflichten schränken seine Wettbewerbsfähigkeit ein. Vor diesem Hintergrund hat die SVP ein neues Positionspapier «Für einen wettbewerbsfähigen, innovativen und unabhängigen Finanzplatz Schweiz» erarbeitet. Es ist das Ziel der SVP, auf dem Schweizer Finanzplatz wieder Rechtssicherheit und Kontinuität herzustellen. Dazu bedarf es weniger Regulierungen und schlanker Lösungen, für welche sich die SVP einsetzt.

Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen

Die SVP verlangt, die Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen und Geldmarktpapieren – analog zu den Anleihen in Schweizer Franken im Ausland – abzuschaffen. Als Ersatz für die heutige Verrechnungssteuer ist dabei eine administrativ einfache und kostengünstige Sicherungssteuer zu erarbeiten, die das Bankgeheimnis vollumfänglich wahrt (kein Meldesystem). Damit würden vier Ziele gleichzeitig erreicht:

1. Stärkung des Schweizer Kapitalmarkts

2. Weniger Administration für Emittenten und Banken

3. Anreiz für neue Arbeitsplätzen auf dem Schweizer Finanzplatz

4. Das Bankkundengeheimnis im Inland bleibt erhalten.

Weitere Anliegen und Forderungen der SVP:

- Unterstützung der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» und Bekämpfung des AIA im Inland;

- Einsatz für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer genügenden Eigenkapitalgrundlage der Banken und weiterhin attraktiven Bedingungen für die Kreditnehmer;
- Forderung, dass die Finanzmarktaufsicht FINMA neben ihrer Aufsichtspflicht auch die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes wieder vermehrt berücksichtigt;
- Forderung nach zeitlich gestaffelter Abschaffung der Stempelsteuern.

Delegiertenversammlung vom 26. August 2017 in Thun (BE)
„NEIN zur ungerechten Renten-Reform"

Grossrätin Karin Bärtschi, Recycling-Unternehmerin aus Leimbach (AG) hält im Namen der jungen ein Referat über die Altersreform 2020 und plädiert für ein Nein.

Die Delegierten der SVP Schweiz treffen sich auf dem Waffenplatz in Thun zur Parolenfassung zu den Vorlagen vom 24. September 2017. Die anwesenden Delegierten betonen, wie wichtig es ist gegen diese ungerechte Scheinreform ein deutliches Zeichen zu setzen. Deshalb fassen die Delegierten zu den Vorlagen der Altersreform 2020 zweimal einstimmig die Nein-Parole. Es darf nicht sein, dass ein Ausbau der Altersvorsorge auf dem Buckel der Jungen und der bereits pensionierten Personen und unter dem Deckmantel einer Reform stattfindet. Die heutigen Rentner erhalten nichts, sondern finanzieren den Ausbau durch die geplante Mehrwertsteuer-Erhöhung sogar noch mit. Nach einer hitzigen Debatte fassen die Delegierten der SVP Schweiz

mit 208 zu 114 bei 14 Enthaltungen die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit.

SEPTEMBER

Steuervorlage 17: es muss nachgebessert werden – die Kantone sind gefordert!
Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. September 2017
Die Notwendigkeit eines Nachfolgeprojekts für die an der Urne gescheiterte Unternehmenssteuerreform III ist für die SVP unbestritten. Die Schweizer Wirtschaft ist auf wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie ihre Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb – auch nach dem Wegfall der Holdingprivilegien – aufrechterhalten kann. Es gilt die SV 17 deshalb konsequent auf dieses Ziel auszurichten, während gleichzeitig der Volksentscheid zur vorangehenden Vorlage zu respektieren ist. Zudem fordern wir einmal mehr die Kantone auf, sich von Anfang an aktiv einzubringen und die finanziellen Auswirkungen auf die Städte, Gemeinden und auf die Belastung des Steuerzahlers offen darzulegen. Steuererhöhungen für Bürgerinnen und Bürger sowie das Gewerbe lehnt die SVP auf jeden Fall immer konsequent ab.

SVP-Fraktion stimmt für Ignazio Cassis
Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. September 2017
Die SVP steht auch weiterhin verlässlich zur Konkordanz. Die Fraktion hat heute die Kandidatin und die zwei Kandidaten der FDP für den Bundesrat zu einem Hearing eingeladen. Nach intensiver Diskussion hat sich die SVP-Fraktion grossmehrheitlich (mit 45 Stimmen) zugunsten von Ignazio Cassis ausgesprochen. Isabelle Moret hat 11 Stimmen erhalten. Ausschlaggebend für die Fraktion ist die für den Zusammenhalt der Schweiz angemessene Vertretung der Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat. Deshalb hatte die SVP auch bei der letzten Vakanz im Bundesrat den Tessiner Regierungsrat Norman Gobbi vorgeschlagen. Die SVP erhofft sich mit der Wahl von Ignazio Cassis zudem eine Rückkehr zu einer verlässlichen bürgerlichen Mehrheit im Bundesrat.

SVP Fraktion lehnt Vollgeld-Initiative einstimmig ab
Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. September
Die SVP-Fraktion verwirft an ihrer Fraktionssitzung die Volksinitiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)" einstimmig. Zusätzlich fordert sie einmal mehr einen Marschhalt bei der Ausdehnung des automatischen Informationsaustauschs. Sie lehnt daher alle 41 geplanten Abkommen für einen automatischen Informationsaustausch mit teilweise autoritären, rechtstaatlich bedenklichen oder korrupten Ländern und Territorien ab. Einstimmige Unterstützung erhält hingegen die Motion der Finanzkommission, die eine Entkoppelung der Höhe der Entwicklungshilfsgelder vom Bruttoinlandprodukt fordert.

Herbstsession 2016 (11. – 29. September)

Mit den Schlussabstimmungen zu 10 Vorlagen hat das Parlament die Herbstsession

2017 abgeschlossen. Angenommen im Sinne der SVP wurden dabei u.a. eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes, dank der Autofahrer erst ab 75 anstelle bisher 70 Jahren zur regelmässigen medizinischen Kontrolluntersuchung müssen, der Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung der Medicrime-Konvention zur Bekämpfung des Handels mit gefälschten Medikamenten, der Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Polizeiabkommens zwischen der Schweiz und Montenegro sowie eine Änderung des Stempelabgabengesetzes.

Ebenfalls angenommen aber gegen den Willen der Mehrheit der SVP wurden der Bundesbeschluss auf Ablehnung der No-Billag-Initiative und das neue Geldspielgesetz, das Schweizer Casinos erlaubt, Geldspiele im Internet anzubieten und den Zugang zu ausländischen Online-Geldspielen verbietet.

Jetzt ist Zeit, gegenüber der EU den «Reset-Knopf» zu drücken!
Medienmitteilung vom 22. September 2017
Die Departementsverteilung ist Sache des Bundesrates. Die SVP nimmt zur Kenntnis, dass der neu gewählte Bundesrat Ignazio Cassis das EDA übernimmt. Die SVP wird den neuen Aussenminister nach dem Hearing vor ihrer Fraktion beim Wort nehmen und fordert ihn auf, im Verhältnis Schweiz-EU den versprochenen «Reset-Knopf» zu drücken und damit vom Abschluss eines Rahmenabkommens mit der EU Abstand zu nehmen. Die SVP zählt darauf, dass mit Aussenminister Cassis ein FDP-Vertreter im Bundesrat ist, der sich ihr gegenüber klar gegen die Akzeptanz von fremden Richtern, von automatischer Rechtsübernahme und andere, unsere Unabhängigkeit bedrohende Zugeständnisse an die EU geäussert hat. Ebenso ist für die SVP klar, dass der Bundesrat der EU auf keinen Fall die Zahlung einer weiteren Kohäsionsmilliarde ohne klare Bedingungen sowie ohne gleichwertige Gegenleistungen für unser Land anbieten darf. Es ist zu hoffen, dass der bei den letzten Wahlen geäusserte Volkswille nun auch endlich im Bundesrat respektiert wird und dieser in der neuen Zusammensetzung eine echte bürgerliche Politik für die Schweizerinnen und Schweizer macht.

Eidg. Volksabstimmungen vom 24. September 2017

Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»)

Das JA zur Ernährungssicherheit in der Schweiz ist ein JA für eine produzierende Landwirtschaft und die Unabhängigkeit unseres Landes. Es ist eine Absage an noch mehr unnötige Ökologisierung in der Landwirtschaft, und vor allem eine weitere Grenzöffnung. Jetzt kann und muss die inländische Produktion wieder gestärkt werden. Anpassungen beim Direktzahlungssystem sind darauf auszurichten. Die Schweiz ist bereits heute pro Kopf einer der weltweit grössten Importeure von Nahrungsmitteln. Unser Netto-Selbstversorgungsgrad fiel 2016 erstmals unter 50 Prozent. Die vom Volk nun grossmehrheitlich angenommene Verankerung der Ernährungssicherheit in der Verfassung gibt den Auftrag, diesen Trend zu stoppen.

Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und das Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 (Altersreform 2020)

Die SVP nimmt die Ablehnung der Altersreform 2020 mit Erleichterung zur Kenntnis. Eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger haben den Ausschlag gegeben und sich damit gegen einen unbezahlbaren Ausbau der Renten ausgesprochen. Vielmehr wollen sie eine langfristige Sicherung der Renten und keine Schuldenberge auf den Schultern der nächsten Generation hinterlassen.

Angesichts der finanziellen Lage der AHV war vor allem der Ausbau der AHV-Rente um 70 Franken pro Monat pro Neurentner umstritten. Das Volk hat sich damit erneut gegen einen Ausbau der AHV im Giesskannenprinzip ausgesprochen. Wie bereits vor der Abstimmung immer wieder betont, setzt sich die SVP dafür ein, dass die unbestrittenen Teile der AHV-Reform wie zum Beispiel das Rentenalter 65 der Frauen, das gesamte Demographie-Prozent der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV oder die 0.3% Mehrwertsteuer aus der IV-Zusatzfinanzierung unverzüglich dem Parlament vorzulegen und zur Abstimmung zu bringen sind.

In einem zweiten Schritt muss die AHV langfristig gesichert werden und daher ist auch eine Ausgabenbremse seriös zu prüfen.

Bei der beruflichen Vorsorge setzt sich die SVP weiterhin mit aller Kraft gegen eine Vermischung der AHV und der beruflichen privaten Vorsorge ein. Sie wehrt sich auch gegen jegliche „Enteignungsabsichten" von Seiten Bundesrat oder Parlament in der beruflichen Vorsorge. So wird seit Jahren fälschlicherweise versucht, den Vorbezug auf das persönlich ersparte Alterskapital der beruflichen Vorsorge (BVG) zur Finanzierung eines ersten, selbstgenutzten Wohneigentums oder zur Gründung eines eigenen kleinen Unternehmens in Selbständigkeit, einzuschränken oder gar zu

verbieten.

OKTOBER

WTO-Ministerkonferenz: Kein Ausverkauf der heimischen Landwirtschaft
Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. Oktober 2017
Im Dezember wird in Buenos Aires die 11. WTO-Ministerkonferenz stattfinden. Im Fokus werden zum wiederholten Mal Zugeständnisse der Landwirtschaft stehen. Vorteile für die übrige Wirtschaft werden keine erwartet. Vom Bundesrat erhält die Schweizer Verhandlungsdelegation dazu einen Freipass. Die SVP ist deshalb alarmiert, dass die Interessen der Schweizer Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit zu wenig berücksichtigt werden könnten und verlangt vom Bundesrat eine Anpassung des Verhandlungsmandats. Die SVP und ihre Vertreter in der APK haben erreicht, dass das Verhandlungsmandat in Bezug auf die Landwirtschaft an der nächsten Sitzung noch einmal diskutiert wird und verlangen vom Bundesrat, dass er transparent und eindeutig die roten Linien kommuniziert, die die Schweizer Delegation an der Ministerkonferenz nicht überschreiten darf. Besondere Berücksichtigung ist dabei dem in der jüngsten Abstimmung von Volk und Ständen angenommenen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit zu schenken. Die SVP lehnt alle internationalen Verpflichtungen ab, die die Grundlagen für unsere heimische landwirtschaftliche Produktion gefährden, die nationale Stellung der Schweizer Bauern schwächen und eine standortangepasste Lebensmittelproduktion verunmöglichen. Die SVP verlangt vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zur produzierenden heimischen Landwirtschaft. Notfalls hat er die Verhandlungen abzubrechen.

Olympische Winterspiele: Landesverteidigung geht vor
Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Oktober 2017
Der Bundesrat hat heute eine Beteiligung an den olympischen Winterspielen 2026 von einer Milliarde Franken beschlossen. Für die SVP ist dieser Entscheid zum heutigen Zeitpunkt völlig unverständlich. Angesichts der knappen finanziellen Mittel gilt es jetzt endlich klare Prioritäten bei den Aufgaben und entsprechend bei den Ausgaben des Bundes zu setzen. Der Schutz der Menschen in der Schweiz mit einer wirksamen Landesverteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates. Dieser unabdingbare Schutz unserer Bevölkerung wird seit Jahren durch die ungenügende Finanzierung in unverantwortlicher Weise gefährdet. Dies muss jetzt rasch und konsequent verbessert werden. Nebst der Milliarde für die Olympiade ist auf die Kohäsionsmilliarde für die EU sowie die überdimensionierten jährlichen Mehrausgaben bei der Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der Verteidigung der Bevölkerung zu verzichten.

Schluss mit der Personenfreizügigkeit
Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Oktober2017
Der Parteivorstand der SVP Schweiz beschliesst in Frauenfeld einstimmig die endgültige Fassung der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)». Diese verlangt, dass die Zuwanderung in der Verfassung durch die Beseitigung der Personenfreizügigkeit wieder eigenständig geregelt wird. Damit wird die exorbitante Einwanderung endlich begrenzt und eine massvolle Zuwanderung ermöglicht. Sobald die rechtsgültige Genehmigung durch die Bundeskanzlei vorliegt, was bis in zwei Monaten der Fall sein dürfte, wird die Unterschriftensammlung beginnen. Die AUNS schliesst sich diesem Beschluss an.

Text der Initiative:
Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b
¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.
³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Übergangsbestimmungen zu Art. 121 b
¹ Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Art. 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.
² Gelingt dies nicht, kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.

Nicht Teil des Initiativtextes, aber Bestandteil der begleitenden Dokumente/Argumentarien:

Personenfreizügigkeit im Sinne von Absatz 2 der Begrenzungsinitiative bedeutet insbesondere die Einräumung eines Rechts für eine unbestimmte Zahl von Personen auf Aufenthalt oder Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Schweiz oder auf Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer.

Delegiertenversammlung vom 28. Oktober 2017 in Frauenfeld (TG)
„Radikaler Islam in der Schweiz: was ist zu tun?"

Über 350 Delegierte fanden sich für die Delegiertenversammlung vom 28. Oktober 2017 in der Festhalle Rüegersholz in Frauenfeld (TG) ein.

360 Delegierte der SVP Schweiz treffen sich in der Festhalle Rüegersholz in Frauenfeld (TG). Nach mehreren spannenden Referaten und einer Vielzahl von Wortmeldungen, in denen die Redner wiederholt die Gefahr des radikalen Islam betonen und mit aktuellen Beispielen verdeutlichen, verabschieden die Delegierten schliesslich mit 315 zu 1 Gegenstimme einen klaren Forderungskatalog „Null Toleranz gegenüber dem radikalen Islam!"

Auch Muslime haben sich an die Rechtsordnung zu halten sowie unsere Kultur und unsere Gepflogenheiten zu respektieren.

Forderungen auf Ebene Kantone, Gemeinde und Städte:

- Eine öffentlich-rechtliche Anerkennung des Islams oder eine staatliche Ausbildung von Imamen kommt nicht in Frage.
- Wer sich nicht an unsere Rechtsordnung hält, hat das Land zu verlassen.
- Behörden und Polizei müssen jederzeit Zugang zu den Moscheen haben. In Moscheen ist in einer der Landessprachen zu predigen.
- Moscheen und andere islamische Institutionen, welche den radikalen Islam verbreiten, sind sofort zu schliessen, respektive zu verbieten.
- Die Seelsorge von Imamen in Gefängnissen und in der Armee ist einzustellen. Als Ersatz stehen Armee- und Gefängnispsychologen zur Verfügung.
- Der Islam unterwirft Muslime in diversen Bereichen religiösem Recht (Scharia). Behörden und Richter haben hingegen unsere schweizerische Rechtsordnung kompromisslos durchzusetzen.
- Die Einführung von gesetzlichen muslimischen Feiertagen, insbesondere des Ramadans, lehnen wir ab.
- Die Strafrechtsnormen bezüglich Aufruf zu Hass und Gewalt sind gegenüber radikalen Muslimen konsequent durchzusetzen.
- In den Kantonen sind die Polizeikorps zu stärken, gezielt auszubilden und aktiv

für die Überwachung einzusetzen.

Forderungen auf Ebene Bund:

- Ab sofort sind systematische Personenkontrollen an den Grenzen durchzuführen. Wer seine Herkunft nicht Preis gibt, verwirkt sein Recht auf Asyl oder Einreise.
- Sämtliche Jihad-Reisende, die in die Schweiz zurückkehren oder bereits zurückgekehrt sind, müssen sofort in Sicherheitshaft genommen werden.
- Der Nachrichtendienst hat alle potentiell radikalen Muslime aktiv zu beobachten.
- Das Wirken der Imame ist in der ganzen Schweiz bis auf weiteres unter spezielle Beobachtung zu stellen.
- Alle, welche wegen Islamismus und Gewaltbereitschaft unter Beobachtung stehen, sind aus Sicherheitsgründen umgehend auszuschaffen oder in Haft zu nehmen.
- Alle muslimischen Organisationen in unserem Land sind aufgefordert, Extremisten, Hassprediger und radikalisierte Muslime den Behörden zu melden, damit diese die notwendigen Massnahmen ergreifen können.
- Jegliche finanzielle Förderung des Islams in der Schweiz durch muslimische Staaten, andere Regierungen, ausländische Organisationen oder ausländische Einzelpersonen ist konsequent zu unterbinden.
- Das Datenschutzgesetz ist wo notwendig anzupassen.
- Niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum und an Orten verhüllen, die öffentlich zugänglich sind.
- Der Asylmissbrauch muss gestoppt und Asylmissbraucher des Landes verwiesen werden.
- Halal-Fleisch, Verschleierungen etc. sind in öffentlichen Institutionen wie Schulen, Gefängnissen, Spitälern oder der Armee nicht erlaubt. Unsere christlichen Werte sind zu leben.

SVP zieht Legislatur-Halbzeitbilanz
Medienkonferenz vom 13. Oktober 2017

V.l.n.r.: Fraktionspräsident Adrian Amstutz (BE), Parteipräsident Albert Rösti (BE) und Verantwortlicher Strategie alt Bundesrat Christoph Blocher (ZH) ziehen Halbzeitbilanz.

Anlässlich einer Pressekonferenz ziehen Parteipräsident Albert Rösti, Fraktionschef Adrian Amstutz und Strategiechef Christoph Blocher eine Bilanz zur Legislaturhalbzeit. Es ist der SVP vorerst gelungen, den Bundesrat davon abzuhalten, die Verhandlungen zum inakzeptablen Rahmenvertrag mit der EU abzuschliessen. Bei der verfassungsgemässen Umsetzung der durch Volk und Stände angenommenen Masseneinwanderungsinitiative kämpfte die SVP im Parlament hingegen auf verlorenem Posten.

Zu den Erfolgen der SVP zählen unter anderem die Ablehnung der Altersreform 2020, die Ablehnung des indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» sowie die Verabschiedung des Stabilisierungsprogramms 2017-2019. Der Gegenvorschlag sah zahlreiche unnötige und teure neue Regulierungen vor, um die sogenannte Ressourceneffizienz zu «verbessern». Mit dem Stabilisierungsprogramm konnten die Bundesausgaben für die Jahre 2018 und 2019 um gut 1,5 Milliarden Franken reduziert werden.

Eine schwere Niederlage musste die SVP hingegen bei der Nichtumsetzung der im Februar 2014 von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung hinnehmen. Aus einem Inländervorrang mit Kontingenten wurde in der parlamentarischen Beratung am Ende ein Ausländervorrang – das pure Gegenteil des Verfassungsartikels.

Fast noch schwerer zu gewichten ist die Tatsache, dass die bürgerliche Wende, wie sie nach den Wahlen 2015 propagiert wurde, so leider nicht stattgefunden hat. FDP und SVP, die mit 101 Stimmen im Nationalrat eigentlich über eine absolute Mehrheit verfügen würden, konnten sich nur gerade in 23 von 915 Schluss- und Vorstossabstimmungen gemeinsam gegen Mitte-Links durchsetzen. Und auch die Erfolge dieser Abstimmungen waren teilweise auf Zufallsmehrheiten zurückzuführen, etwa infolge

von Abweichlern aus anderen Fraktionen, Enthaltungen oder Abwesenheiten. Viel häufiger, nämlich 162 Mal, kam es dagegen vor, dass sich alle anderen Fraktionen gegen die SVP stellten. Im Gegensatz dazu stimmte das scheinbar rechtsbürgerliche Parlament nur in 7 von 915 Abstimmungen geschlossen gegen die SP. Während FDP und teilweise auch CVP gegenüber dem Volk in der Öffentlichkeit «rechts blinken», biegen sie in der Realität im Parlament gerne und oft «links ab». Zusammen mit dem mehrheitlich deutlich Mitte-Links agierenden Ständerat (dort haben CVP und SP die absolute Mehrheit) wurden in der ersten Hälfte der Legislatur, gegen den Willen der SVP-Fraktion, Mehrausgaben von über 12 Milliarden Franken bewilligt nebst unzähligen bürokratischen Auflagen für die Bürger und Unternehmer.

Der Kampf für Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit, weniger Steuern sowie für eine faire, aber konsequente und eigenständige Asyl- und Ausländerpolitik geht weiter und wird in den verbleibenden zwei Jahren dieser Legislatur nicht einfacher werden. Hier kann und wird die SVP auch weiterhin keine Kompromisse eingehen. Die Bilanz dieser Legislatur wird der Souverän bei den Wahlen 2019 ziehen.

NOVEMBER

Respekt vor dem Volk anstelle von bundesrätlichen Visionen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. November 2017
Der Bundesrat hat seine Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik veröffentlicht. Anstatt den klaren Entscheid von Volk und Ständen vom 24. September zur Ernährungssicherheit zu respektieren, gefährdet der Bundesrat mit seinen weltfremden und unverständlichen Visionen von Grenzöffnungen und Forderungen an die Bauernfamilien vielmehr deren Existenzgrundlage und damit die Produktion von Nahrungsmitteln in unserem Land.

Sicherheit der Menschen in der Schweiz und ihrer Lebensgrundlagen muss gewährleistet werden
Medienmitteilung vom 8. November 2017
Die SVP wertet den Entscheid des Bundesrates zum Erhalt der Schweizer Luftverteidigung als ersten Schritt in die richtige Richtung. Die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung muss auf jeden Fall immer gewährleistet werden. Dazu braucht es als wichtigen Teil der Armee auch eine wirksame Luftwaffe mit einer ausreichenden Anzahl an Kampfflugzeugen, sowie dazu die ergänzende Bodenluftverteidigung.

Thomas Aeschi ist neuer Fraktionspräsident der SVP
Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. November 2017
Die SVP-Fraktion trifft sich in Bern zur ordentlichen Neubestellung der Fraktionsgremien für die zweite Legislaturhälfte (2018/2019). Die Fraktion wählt dabei Thomas Aeschi (ZG) zum Nachfolger von Adrian Amstutz als neuen Fraktionspräsidenten. Das Vizepräsidium setzt sich neu aus den Nationalräten Céline Amaudruz (GE, bisher), Michaël Buffat (VD, neu), Alfred Heer (ZH, neu), Felix Müri (LU, bisher) und Hannes Germann (SH, bisher) zusammen.

Zusammensetzung Fraktionsvorstand 2018/2019:

Thomas Aeschi	ZG	Fraktionspräsident
Céline Amaudruz	GE	bisher, Fraktionsvizepräsidentin
Michaël Buffat	VD	neu, Fraktionsvizepräsident

Alfred Heer	ZH	neu, Fraktionsvizepräsident
Felix Müri	LU	bisher, Fraktionsvizepräsident
Hannes Germann	SH	bisher, Fraktionsvizepräsident
Bühler Manfred	BE	bisher
Egloff Hans	ZH	bisher
Flückiger Sylvia	AG	bisher
Ruppen Franz	VS	bisher
Schwander Pirmin	SZ	bisher
Wobmann Walter	SO	bisher
Sollberger Sandra	BL	NEU
Christoph Blocher	ZH	bisher, Mitglied Parteileitungsausschuss
Roland Rino Büchel	SG	bisher, Mitglied Büro des Nationalrats
Yvette Estermann	LU	bisher, Mitglied Büro des Nationalrats
Walter Frey	ZH	bisher, Mitglied Parteileitungsausschuss
Oskar Freysinger	VS	bisher, Mitglied Parteileitungsausschuss
Alex Kuprecht	SZ	bisher, Mitglied Büro des Ständerats
Thomas Matter	ZH	bisher, Mitglied Parteileitungsausschuss
Ueli Maurer	ZH	bisher, Bundesrat
Guy Parmelin	VD	bisher, Bundesrat
Albert Rösti	BE	bisher, Präsident SVP Schweiz

SVP-Fraktion kämpft für gesunde Staatsfinanzen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. November 2017
Die SVP-Fraktion setzt sich an ihrer heutigen Sitzung schwergewichtig mit dem Bundesbudget für das Jahr 2018 auseinander. Die SVP zeigt sich erfreut, dass dieses gemäss Bundesrat mit einem Überschuss von 103 Millionen abschliessen soll, welcher nicht zuletzt aufgrund weitergehender Anträge der SVP-Vertreter in der Finanzkommission des Nationalrats auf 464 Millionen Franken vergrössert werden konnte. Dennoch steigen die Staatsausgaben auch dieses Jahr im Vergleich zum prognostizierten Wirtschaftswachstum viel zu stark an. Dieses Aufblähen des Staatsapparats bekämpft die SVP-Fraktion mit weiteren Kürzungsanträgen von 554 Millionen Franken in der Budgetberatung der Wintersession.

Skandal: Bundesrat verschenkt 1.302 Milliarden Franken Steuergelder an die EU!
Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. November 2017
Der Bundesrat hat der EU mehrheitlich zum zweiten Mal die Zahlung einer sogenannten Kohäsionsmilliarde – effektiv 1'302 Millionen Franken – zugesagt und dies ohne eine nennenswerte Gegenleistung dafür zu erhalten. Damit ist die Mehrheit unserer Landesregierung einmal mehr bereit, die Interessen der EU über die Interessen ihres eigenen Landes zu stellen.

Eidg. Volksabstimmungen vom 26. November

An seiner Sitzung vom 5. Juli 2017 hat der Bundesrat beschlossen, den Abstimmungstermin vom 26. November 2017 nicht zu nutzen. Es findet 2017 folglich keine Volksabstimmung mehr statt. Die nächste Volksabstimmung wird am 4. März 2018 stattfinden.

Kohäsionsmilliarde mit Finanzreferendum bekämpfen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. November 2017
Die SVP-Fraktion tagt in Bern. Einstimmig beantragt sie eine dringliche Interpellation für eine dringliche Debatte zur Einführung eines Finanzreferendums. Damit soll das Volk das letzte Wort haben bei Finanzbeschlüssen wie der sog. Kohäsionsmilliarde, Olympischen Spielen oder auch bei der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen. Die SVP Fraktion hat bereits im Jahre 2003 und wiederholt im Juni 2017 diesen dringend nötigen Ausbau der Volksrechte gefordert. Zweitens verlangt die Fraktion in einer Parlamentarischen Initiative, dass die neue Gesetzgebung zur Ausschaffung der kriminellen Ausländer ausdrücklich auch gegenüber EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern angewendet wird.

Wintersession 2017 (30. November – 18. Dezember)

Mit den Schlussabstimmungen zu 8 Vorlagen hat das Parlament die Wintersession 2017 abgeschlossen. Angenommen im Sinne der SVP wurden dabei u.a. eine Vorlage, welche die Beurkundung des Personenstands und des Grundbuchs neu regelt, der Bundesbeschluss zur Vollgeld-Initiative, mit welchem das Parlament die Volksinitiative zur Ablehnung empfiehlt sowie der Bundesbeschluss, welcher die bisherigen Abgeltungen gemäss «Schoggigesetz» abschafft und durch neue ersetzt.

Ebenfalls angenommen aber gegen den Willen der Mehrheit der SVP wurde die Vorlage zum Kindesschutz, welcher die Meldepflicht an die KESB noch weiter ausbaut, die Vorlage zum Stromgesetz, mit der zusätzliche Subventionen für die Wasserkraft von den Haushalten und KMU finanziert werden müssen, eine generelle Lohnerhöhung für Richter an den eidgenössischen Gerichten, wie auch eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes, bei der die Schweiz mehr Geld an den Schutz der EU-Aussengrenzen zahlen soll.

Abgelehnt wurden im Nationalrat zudem mehrere Petitionen sowie die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Gegen den Willen der Kommissionsmehrheit nicht abgeschrieben wurde auch eine Parlamentarische-Initiative aus den Reihen der SVP-Fraktion, welche den Bund verpflichtet, auch nach 2020 Sanierungen von Standorten bei denen Schiess-Anlässe nur einmal im Jahr stattfinden, zu unterstützen.

DEZEMBER

CO2-Gesetz: Die 40-Franken-Lüge
Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Dezember 2017

Der Bundesrat hat die Totalrevision des CO2-Gesetzes verabschiedet. Schon in der Vernehmlassung wurde der wirtschafts- und bürgerfeindliche Entwurf von der SVP stark kritisiert und als untauglich abgelehnt. Dass die zur Energiewende notwendigen Fr. 40.- weit untertrieben waren und eine Lüge sind, beweist der Bundesrat mit seiner Botschaft gleich selbst. Dass die Teilzweckbindung der CO2-Abgabe oder besser gesagt die CO2-Steuer im Umfang von jährlich 450 Mio. Franken ab 2025 auslaufen soll, sieht auch nur auf den ersten Blick positiv aus. Sollten bis dahin die Grenzwerte nicht im grünen Bereich liegen, kommen staatliche Zwangsmassnahmen (Verbot Ölheizungen siehe oben) mit massiven Mehrkosten zum Zug. Der Traum vom eigenen Haus oder von der eigenen Wohnung wird dann für die meisten Bürger ausgeträumt sein.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass der Bundesrat unter der Führung von Frau Leuthard einmal mehr ohne Rücksicht auf den Werkplatz Schweiz mit neuen Vorschriften und neuen Kontrollen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes an die Wand fährt. Dabei hatte die Energieministerin noch im Abstimmungskampf zum Energiegesetz im Mai klar und deutlich gesagt, dass ein Haushalt nicht mehr als 40 Franken pro Jahr für die Energiewende und den Umbau unseres Energiesystems bezahlen müsse. Ausgehend von der nun vorgelegten Botschaft zum CO2-Gesetz eine klare Lüge! Wie so oft und von der SVP auch im Abstimmungskampf prophezeit, kommt die Wahrheit nun doch ans Licht.

Die SVP macht bei diesem traurigen Spiel, zum Schaden unserer Bevölkerung und dem Wirtschaftsstandort, nicht mit. Sie wird das CO2-Gesetz sowohl in den Kommissionen als auch im Parlament klar bekämpfen.

Fraktion lehnt Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungs-Initiative ab
Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. Dezember 2017
Die Initianten der extremen „Konzernverantwortungsinitiative" wollen unseren Unternehmen weltweit einzigartige Fesseln anlegen. Sämtliche grossen wie auch mittleren und kleinen Unternehmen müssten für angebliche Verletzungen von Menschenrechten und Umweltbestimmungen weltweit haften. Die SVP-Fraktion lehnt sowohl die extreme Initiative, als auch den vorliegenden Gegenvorschlag einstimmig ab. Des Weiteren hat die Fraktion einige Vorstösse beschlossen. Dem Bundesrat soll beispielsweise die Kompetenz zur eigenmächtigen Festlegung von Flüchtlingskontingenten entzogen werden.

Bundesrätin Sommaruga öffnet die Büchse der Pandora
Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Dezember 2017
SP-Bundesrätin Sommaruga hat eigenmächtig beschlossen und informiert, dass sie nun effektiv damit beginnt, direkt Migranten aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit öffnet sie die Büchse der Pandora. Diese fatale und weltfremde Politik wird die Sogwirkung für Migranten aus ganz Afrika und der arabischen Welt nach Libyen noch einmal massiv verstärken, weil sie Millionen von Menschen die Hoffnung gibt, nur noch nach Libyen gelangen zu müssen, um von dort dann direkt in die Schweizer Sozialsysteme eingeflogen zu werden.

Stehen Sie ein für die Schweiz, Frau Bundespräsidentin!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Dezember 2017
Wie erwartet hat die EU-Kommission beschlossen, die Schweizer Börse nur befristet zu anerkennen. Und unser Bundesrat reagiert immer noch mehrheitlich mit betretenem Schweigen – dem heutigen Point de Presse des Bundesrates von wenigen Minuten mangelt es an jeglicher Führungsstärke. Nachdem insbesondere Bundespräsidentin Doris Leuthard mit ihrem naiven Geheimtreffen die Situation offenbar falsch eingeschätzt und voreilig die Zahlung einer Kohäsionsmilliarde sowie den Abschluss eines Rahmenabkommens versprochen hat, versucht die EU nun, die Schwächen unserer überforderten Landesregierung und ihrer Chefdiplomaten auszunutzen. So will Brüssel die Schweiz in diesen inakzeptablen Rahmenvertrag mit automatischer Übernahme von EU-Recht und fremden Richtern zwingen. Wenn unsere Bundesräte nicht jetzt endlich aufwachen und Gegenmassnahmen gegen diese offene Diskriminierung der Schweiz durch die willkürliche und unzuverlässige Brüsseler-Bürokratie ergreifen – wann werden sie dann überhaupt noch einstehen für die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes?

Die SVP fordert den Bundesrat auf, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen:

1. Der EU ist klipp und klar zu kommunizieren, dass ein Rahmenabkommen und damit die praktische Abschaffung unserer direkten Demokratie nur vom Volk beschlossen werden könnte und deshalb keine Chance hat;
2. Die sog. „Kohäsionszahlung" von 1,3 Milliarden CHF für osteuropäische Länder ist abzulehnen. Diese in starkem wirtschaftlichem Aufschwung befindlichen Länder brauchen diese Gelder nicht;
3. Jegliche freiwillige Beteiligung der Schweiz an Umsiedlungsprogrammen von Migranten aus anderen EU-Staaten wird per sofort eingestellt;
4. Die Abschaffung der Stempelabgabe ist nicht nur in Erwägung zu ziehen, sondern sofort zu beschliessen;
5. Die für die EU zuständige Verhandlungsführung ist sofort zu erneuern, zu verstärken und einzig dem Interesse unseres Landes zu verpflichten.

Gleichzeitig muss Bundespräsidentin Doris Leuthard jetzt dem Schweizer Volk Rede und Antwort stehen und endlich öffentlich für unser Land eintreten. Die Zeit von leeren Floskeln und Halbheiten ist vorbei.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 285 Fragen für die Fragestunde, 172 Interpellationen, 88 Motionen, 50 Parlamentarische Initiativen, 33 Anfragen und 29 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 6 Motionen, 8 Interpellationen, 9 Parlamentarische Initiativen und 2 Anfragen eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2017 hat die SVP an **63 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Vernehmlassung Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen (InkHV)
- Totalrevision der Verordnung des EFD über die Quellensteuer bei der direkten Bundessteuer (Quellensteuerverordnung; QStV, SR 642.118.2)
- 15.468 Parlamentarische Initiative. Stärkung der Selbstverantwortung im KVG
- Steuervorlage 17 (SV17)
- Konsultation Aktionsplan Ernährungsstrategie 2017-2024
- Umsetzung der Vorlage zur Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel
- Bundesgesetz über die Unterstützung der nationalen Menschenrechts-institution (MRIG)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung (EntG)
- Revision der Führerausweisvorschriften
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Zulassung von Leistungserbringern

- Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen.

- Anpassung des Ausführungsrechts zum revidierten Heilmittelgesetz (HMV IV)

- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung

- Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz; VStG)

- Souveränität der Kantone bei Wahlfragen (Änderung der Bundesverfassung)

- Totalrevision des Bundesgesetzes über die Nationalstrassenabgaben (NSAG)
- Amtshilfeübereinkommen im Zollbereich mit den USA

- Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll und Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität

- Revision Wasserrechtsgesetz

- Pa.Iv. 13.407 – Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung

- Stillschweigende Verlängerung von Dienstleistungsverträgen. Mehr Informationen und Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten

- Bundesgesetz über die Berechnung des Beteiligungsabzugs bei Too-big-too-fail-Instrumenten

- Änderung von Verordnungen im Bereich Tiergesundheit

- Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) – Invaliditätsbemessung für teilerwerbstätige Versicherte

- Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV)

- Zweite Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zu neuen Elementen

- Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Asylverordnung 2 und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern

- Ordnungsbussenverordnung

- Änderung der Verordnung über die Militärversicherung (MVV)

- Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus

- Änderung des AHVG

- Teilrevision Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen

- Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

- Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Schwerverkehrsabgabeverordnung, der Nationalstrassenverordnung, der Verordnung über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer im Strassenverkehr und der Durchgangsstrassenverordnung.

- Entwürfe der Ausführungserlasse zum totalrevidierten Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

- Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

- Teilrevision Sportförderungsverordnung, Verordnung des VBS über die Sportförderungsprogramme und -projekte, Verordnung des BASPO über «Jugend und Sport»

- Änderung der Verordnung über die Festlegung und die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung

- Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)

- Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)

- Änderung der Verordnung über die Berufsbildung (BBV): Stärkung der höheren Berufsbildung

- Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz)

- Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV), der Verordnung über Frequenzmanagement und Funkkonzessionen (FKV), der Rund-funkfrequenz-Richtlinien und der Fernmeldegebührenverordnung (GebV-FMG).

- Änderung der Verordnung über die in der Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Teilrevisionen der Chemikalienverordnung und der Biozidprodukteverordnung

- Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050:

Änderungen auf Verordnungsstufe

- Änderung des Bankengesetzes und der Bankenverordnung (Fintech)
- Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2017
- Anhörung: Sachplan Asyl
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe
- Datenschutzgesetz
- Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019
- Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» (Rasa)
- 15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen
- Änderung von Verordnungen im Veterinärbereich
- 10.519: Parlamentarische Initiative. Modifizierung von Artikel 53 StGB – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- 15.456 Pa.Iv. Maximilian Reimann. Heraufsetzung der periodischen vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr.
- Beschleunigung der Asylverfahren (Neustrukturierung des Asylbereichs) Plangenehmigungsverfahren, Teilinkraftsetzung der Änderung des Asylgesetzes (AsylG) vom 25. September 2015.
- Umsetzung des WTO-Beschlusses zum Ausfuhrwettbewerb
- Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen
- Änderung der Fortpflanzungsmedizinverordnung

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>Vernehmlassungen) abrufbar.

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2017 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht*:*

- Für einen wettbewerbsfähigen, innovativen und unabhängigen Finanzplatz Schweiz
- Abstimmungs-Argumentarium gegen die erleichterte Einbürgerung der dritten Ausländergeneration: Masseneinwanderung führt zu Masseneinbürgerung
- Abstimmungs-Argumentarium gegen das Energiegesetz

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>Positionspapiere) abrufbar.

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablatt

2017 haben SVP und die SVP International insgesamt 68 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es ist mindestens einmal wöchentlich ein Editorial zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**" und die französische Version „**Franc-parler**" sind monatlich erschienen. Die Auflage hat Ende 2017 gegen **55'000 Exemplare in Deutsch** und **5'000 in Französisch** tendiert.

Im Jahr 2017 hat die SVP **4 Medienkonferenzen** durchgeführt:

18. Januar 2017	Keine weitere Masseneinbürgerung
27. Februar 2017	Behördenpropaganda schwächt die direkte Demokratie
10. August 2017	Keine AIA-Abkommen mit korrupten Staaten
13. Oktober 2017	SVP zieht Legislatur-Halbzeitbilanz

Darüber hinaus hat die SVP im Jahr 2017 **ein Extrablatt** als Abstimmngszeitung unter dem Titel «Energieinfo» an alle Schweizer Haushalte herausgegeben.

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen) abrufbar.

7. Internet

Im Oktober 2017 wurde die Website in allen drei Sprachen in neuem Design aufgeschaltet.

Bis zum 31.12.2017 werden 427'140 Besuche auf https://www.svp.ch, 90'791 Besuche auf https://www.udc.ch und 3'822 Besuche auf https://it.udc.ch (im Vorjahr: 599’292 für svp.ch und 119'906 für udc.ch) registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1’170 Besuche auf www.svp.ch, 249 auf www.udc.ch und 10 auf it.udc.ch (im Vorjahr: 1’642 für svp.ch und 329 für udc.ch).

2017 produziert die SVP 17 Internet-TV-Beiträge in deutscher Sprache und 3 in französischer Sprache. Die Internet-TV-Beiträge verzeichnen insgesamt 38'843 Aufrufe (262'940 Aufrufe im Vorjahr). Der YouTube-Kanal hat 1721 Abonnenten (+115 gegenüber Vorjahr).

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten «SVP Schweiz», «UDC Suisse» und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2017 zählt die Seite «SVP Schweiz» 22'621 21’356 Unterstützer (Zuwachs um 1’265). Die französischsprachige Facebook-Seite «UDC Suisse» zählt 9'225 Unterstützer (keine Veränderung zum Vorjahr). An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 20’000 und 30’000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 218’600 Video-Aufrufe generiert (482’234 im Vorjahr). Auf der Seite UDC Suisse wurden 31'100 Video-Aufrufe generiert (89'072 im Vorjahr) und an einzelnen Spitzentagen zwischen 20’000 und 43’000 Personen erreicht.

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 730 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2017 haben 5 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung in Le Châble (VS) vom 14. Januar 2017
„2017: Schlüsseljahr für die Unabhängigkeit der Schweiz"

Delegiertenversammlung in Appenzell (AI) vom 25. März 2017
„Der Mittelstand muss es bezahlen – deshalb Nein zum Energiegesetz! "

Delegiertenversammlung in Lausen (BL) vom 24. Juni 2017
„Zuwanderungsregime ist allein Sache der Schweiz"

Delegiertenversammlung in Thun (BE) vom 26. August 2017
„NEIN zur ungerechten Renten-Reform"

Delegiertenversammlung in Frauenfeld (TG) vom 28. Oktober 2017
„Radikaler Islam in der Schweiz: was ist zu tun?"

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>Delegiertenversammlungen) abrufbar.

2. Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 127 Mitgliedern zusammen.

Vertreter **von Amtes wegen** gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1. und 2.:

(Stand: 31.12.2017)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Parteipräsident	**Nationalrat Albert Rösti (BE)**
Vizepräsidenten	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
	a. Regierungsrat Oskar Freysinger (VS)
Der Verantwortliche Strategie	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Der Verantwortliche Kommunikation	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Der Verantwortliche Finanzen	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH)
	Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Der Generalsekretär	Gabriel Lüchinger (BE)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Konrad Langhart (ZH)
	Nationalrat Werner Salzmann (BE)*
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)*
	Walter Gartmann (SG)*
	Angela Lüthold (LU)*
	Nationalrat Jacques Nicolet (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)*
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:	
Je ein Vertreter der französissprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat Beat Arnold (UR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)*
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

Präsidenten der Kantonalparteien:	
AG	Nationalrat Thomas Burgherr

AI	Martin Ebneter
AR	Anick Volger
BE	Nationalrat Werner Salzmann*
BL	Oskar Kämpfer
BS	Lorenz Nägelin
FR	Ruedi Schläfli
GE	Marc Fuhrmann
GL	Kaspar Krieg
GR	Nationalrat Heinz Brand
JU	Romain Schaer
LU	Angela Lüthold
NE	Stephan Moser
NW	Christoph Keller
OW	Monika Rüegger
SG	Walter Gartmann*
SH	Pantti Aellig
SO	Nationalrat Christian Imark
SZ	Roland Lutz
TG	Ruedi Zbinden
TI	Piero Marchesi
UR	Pascal Blöchlinger
VD	Nationalrat Jacques Nicolet
VS (UVS)	Jérôme Demeules
VS (OVS)	Nationalrat Franz Ruppen
ZG	Nationalrat Thomas Aeschi*
ZH	Konrad Langhart
JSVP	Benjamin Fischer*
SVP International	Inge Schütz*

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:	
AG	Roger Fricker Pascal Furer Michelle Rütti NR Luzi Stamm Martin Keller
AI	Alfred Langenegger
AR	Ralf Menet
BE	Andrea Gschwend-Pieren Jolanda Brunner

	Aliki M. Panayides Samuel Krähenbühl Michael Waber Miriam Gurtner Helena Morgenthaler
BL	NR Thomas de Courten Dominik Straumann
BS	Andreas Ungricht
FR	Liliane Marchon Jean-Luc Rimaz
GE	François Velen Eric Bertinat
GL	Urs Kessler
GR	Jan Koch Mario Cortesi
JU	Didier Spies
LU	Räto B. Camenisch Tanja Bieri Oliver Imfeld
NE	Niels Rosselet
NW	Peter Wyss RR Res Schmid
OW	
SG	NR Roland Rino Büchel Esther Friedli Werner Heule Paul Scheiwiller
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	NR Christian Imark Hans Rudolf Lutz
SZ	NR Pirmin Schwander Bernhard Diethelm
TG	Marcel Schenker Margrit Streckeisen
TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	NR Michaël Buffat Thierry Dubois Werner Riesen
VS (UVS)	Ilan Garcia NR Jean-Luc Addor
VS (OVS)	Fredy Ursprung Sandro Fux
ZG	Philip C. Brunner RR Stephan Schleiss
ZH	Martin Haab

	Roger Liebi Elisabeth Pflugshaupt NR Gregor A. Rutz Jürg Trachsel Reinhard Wegelin NR Hans-Ueli Vogt
JSVP	Oliver Straub (TG) Jean-Philippe Gay-Faret (VS)
SVP International	Roman Rauper (SG)

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	NR Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
BL	NR Sandra Sollberger
FR	NR Jean-François Rime
GR	Valérie Favre Accola
NE	Gérard Nicod
NW	Michèle Blöchliger
OW	a. NR Christoph von Rotz
UVS	Cyrille Fauchère
VD	Gérald Nicod
ZH	a. NR Christoph Mörgeli a. NR Ueli Schlüer NR Hans Egloff

3. Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2017)

Von Amtes wegen:	
Parteipräsident	**Nationalrat Albert Rösti (BE)**
Vizepräsidenten	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
	a. Regierungsrat Oskar Freysinger (VS)
Der Verantwortliche Strategie	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Der Verantwortliche Kommunikation	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Der Verantwortliche Finanzen	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH)
	Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Der Generalsekretär	Gabriel Lüchinger (BE)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Konrad Langhart (ZH)
	Nationalrat Werner Salzmann (BE)
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold (LU)*
	Nationalrat Jacques Nicolet (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat Beat Arnold (UR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)*
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

4. Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss setzt sich aus 8 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2017)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsident	a. Regierungsrat Oskar Freysinger (VS)
Vizepräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Verantwortlicher Strategie	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Verantwortlicher Kommunikation	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Verantwortlicher Finanzen	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2017)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Gabriel Lüchinger, Herzogenbuchsee (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Kaspar Voellmy, Herrenschwanden (BE)
Verantwortliche Deutschschweizer Kantone	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Sekretär Romand	Edouard Hediger, Fribourg (FR)
Kommunikation	Patrice Piquerez, Aigle (VD)
Kommunikation	Thomas Gemperle, Frauenfeld (TG)
Kommunikation & SVP International	Benjamin Schmid, Lyss (BE)
Wissenschaftliche Mitarbeiter und Fraktionssekretär	Kaspar Voellmy, Herrenschwanden (BE)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Roman Jäggi, Fulenbach (SO)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Pascal Nussbaum, Bern (BE)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Raphael Ben Nescher, Niederbipp (BE)
Wissenschaftliche Mitarbeiterin	Danica Rohrbach, Frenkendorf (BL)
Sekretariat/Fraktionsassistentin	Jeannette Saurer, Hünibach (BE)
Sekretariat/Personal/Innere Dienste	Susanne Rebora, Schliern (BE)
Assistentin des Parteipräsidenten	Prisca Weber, Uetendorf (BE)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 14.12.2011; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin,** Vorsteher VBS, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im amt seit 1.1.2016

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:
Mit 68 Nationalräten (64 SVP, 2 Lega, 1 MCG, 1 parteilos) und 6 Ständeräten (5 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2017)

AG	Burgherr Thomas, Wiliberg Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Bühler Manfred, Cortébert Geissbühler Andrea, Bäriswil Hess Erich, Bern Pieren Nadja, Burgdorf Rösti Albert, Uetendorf Salzmann Werner, Mülchi von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters Martullo-Blocher Magdalena, Meilen
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich Müri Felix, Emmenbrücke
NW	Keller Peter, Hergiswil
SG	Brunner Toni, Ebnat-Kappel Büchel Roland, Oberriet

	Keller-Inhelder Barbara, Jona Müller Thomas, Rorschach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Hausammann Markus, Langrickenbach Herzog Verena, Frauenfeld Diana Gutjahr, Amriswil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)
UR	Arnold Beat, Schattdorf
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Glauser Alice, Champvent Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Ruppen Franz, Naters
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Egloff Hans, Aesch Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rickli Natalie, Winterthur Rutz Gregor, Zürich Stahl Jürg, Brütten Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Vogt Hans-Ueli, Zürich Walliser Bruno, Volketswil Zanetti Claudio, Gossau

Lega dei Ticinesi:

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano

Mouvement Citoyens Genevois:

GE	Golay Roger, Grand-Lancy

Parteilos:

NE	Clottu Raymond, La Brévine

Ständeräte (Stand: 31.12.2017)

GL	Hösli Werner, Haslen
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Föhn Peter, Muotathal

	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Eberle Roland, Weinfelden

Parteilos:

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2017

Volksabstimmung vom 12. Februar	**Parole SVP**	**Parole FDP**	**Parole CVP**	**Parole SP**	**Volk Ja** in %	**Volk Nein** in %	**Stände Ja**	**Stände Nein**	**Resultat**
Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration	Nein	Ja	Ja	Ja	60.4	39.6	15 4/2	5 2/2	angenommen
Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr	Ja	Ja	Ja	Nein	61.9	38.1	20 6/2	0	angenommen
Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerrefomgesetz III)	Ja	Ja	Ja	Nein	40.9	59.1	-	-	abgelehnt

Volksabstimmung vom 21. Mai	**Parole SVP**	**Parole FDP**	**Parole CVP**	**Parole SP**	**Volk Ja** in %	**Volk Nein** in %	**Stände Ja**	**Stände Nein**	**Resultat**
Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Energiegesetz (EnG)	Nein	Ja	Ja	Ja	58.2	41.8	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 24. September	**SVP**	**FDP**	**CVP**	**SP**	**Volk Ja** in %	**Volk Nein** in %	**Stände Ja**	**Stände Nein**	**Resultat**
Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»)	Ja	Ja	Ja	Ja	78.7	21.3	20 6/2	0	angenommen
Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	Nein	Nein	Ja	Ja	49.95	50.05	9 1/2	11 5/2	abgelehnt
Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020	Nein	Nein	Ja	Ja	47.3	52.7	-	-	abgelehnt

IV. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2017

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantons-parlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2016	31.9 %	45	140
AI	jährlich	*	*	50
AR	2015 (alle 3 Jahre)	*	11	65
BE	2016	29.0 %	49	160
BL	2015	26.7 %	28	90
BS	2016	14.3 %	14	100
FR	2016	19.7 %	21	110
GE	2013	10.3 %	12	100
GL	2014	28.8 %	17	60
GR	2014 (alle 3 Jahre)	*	8	120
JU	2015	8.5 %	8	60
LU	2015	24.1%	29	120
NE	2017	11.5 %	9	115
NW	2014	29.1 %	17	60
OW	2014	24.5 %	13	55
SH	2016	35.1 %	21	60
SO	2017	19.7 %	18	100
SG	2016	29.5 %	40	120
SZ	2016	33.1 %	33	100
TG	2016	32.6 %	44	130
TI	2015	-	3	90
UR	2016	24.1 %	15	64
VD	2017 (alle 5 Jahre)	15.8 %	25	150
VS	2017	16.4 %	23	130
ZG	2014	23.6 %	19	80
ZH	2015	30.0 %	52	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-graubuenden.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svplu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svpso.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	stampa@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	praesident@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch